

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): GL	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: GL/1
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf der Geschäftsleitung		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Geschäftsleitung des Kreisverwaltungsreferates hat sich zum 01.01.2019 organisatorisch neu aufgestellt, um den komplexen Anforderungen zukunftsorientiert zu begegnen. In diesem Zusammenhang wurde die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation einer eingehenden Prüfung unterzogen. Insbesondere zielte die Veränderung darauf ab, eine prozessorientierte Geschäftsleitung zu bilden, mit der das Kreisverwaltungsreferat auch in Zukunft – bei sich immer schneller und intensiv verändernden Rahmenbedingungen und Einflüssen – leistungsstark und leistungsfähig bleiben kann. Die Bildung von fünf Geschäftsbereichen und deren interne organisatorische Struktur stellt die Basis dar, elementare Querschnittsaufgaben für das Referat effizient erfüllen zu können. Hierfür wurden vereinzelt neue Führungspositionen notwendig. Auch wurden zu hohe Leitungsspannen reduziert. Sofern neue Führungspositionen aus dem vorhandenen Bestand gebildet wurden, ist es erforderlich, fehlende Sachbearbeitungskapazitäten in einem geringen Umfang wieder auszugleichen. Insgesamt wird für die Einrichtung von 8 neuen Führungspositionen eine Stellenschaffung im Umfang von 3,7 Stellen (VZÄ) benötigt. Eine detaillierte Aufstellung wurde beim KVR erarbeitet.

Zudem hat das Wachstum des Kreisverwaltungsreferates einen Mehrbedarf im Personal- und Organisationsmanagement zur Folge, um wesentliche Aufgaben wie z. B. Personalgewinnungsmaßnahmen, Krankenangelegenheiten, Organisationsmaßnahmen, Stellenbewertungsvorgänge und Stellenbemessungen weiterhin in einer adäquaten Bearbeitungszeit und Qualität erledigen zu können. Derzeit müssen im Rahmen von Priorisierungen regelmäßig eine Vielzahl von Vorgängen aller Hauptabteilungen zurückgestellt werden, was sich mittelbar auch auf die Leistungsfähigkeit der Fachbereiche auswirkt.

Die Erfahrungswerte der letzten Jahre belegen ein notwendiges kontinuierliches Stellenwachstum des Kreisverwaltungsreferates zur Erfüllung wesentlicher Pflichtaufgaben.

Mit Beschluss vom 14.06.2018 wurde eine Stellenprognose für das KVR (ohne Branddirektion) von 2.315 Stellen (VZÄ) zum 31.12.2017 dargestellt. Zum Stand 31.01.2019 sind 2.483 Stellen (VZÄ) eingerichtet; im Laufe des Jahres 2019 werden es rd. 2.600 Stellen (VZÄ) sein. Aktuell werden weitere Anmeldungen für das Haushaltsjahr 2020 vorgelegt. Um für das KVR ein adäquates Personal- und Organisationsmanagement für diese Stellen und Beschäftigten gewährleisten zu können, ist eine Zuschaltung von 2 Stellen (VZÄ) bei KVR GL/1 notwendig.

Unter Berücksichtigung dieser Planungen stehen im Jahr 2020 voraussichtlich 17,5 Stellen (VZÄ) bei GL/1 etwa 2.600 bis 2.800 Stellen (VZÄ) in den Fachbereichen gegenüber. Ein entsprechender Kennzahlenschlüssel von 1 : 150 VZÄ ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Kreisverwaltungsreferates angemessen. Dabei fließt die Erfüllung umfangreicher Grundsatz- und Steuerungsaufgaben, Projekt- und Sonderaufgaben ohne eine separate Betrachtung mit ein.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Es handelt sich um Querschnittsaufgaben der Geschäftsleitung, die zur Erfüllung der Pflichtaufgaben der Hauptabteilungen des Kreisverwaltungsreferates zwingend notwendig sind.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Ausgleich erforderlicher Führungspositionen im Rahmen einer neuen effizienten Aufbauorganisation der Geschäftsleitung sowie kontinuierliches Stellenwachstum im KVR		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	1.746.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	187.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	171.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	16.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4,05		QE 3, VD
	0,4		QE 4, IT (FAR)
	1		QE 4, VD
	0,25		QE 2, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4,05		QE 3, VD
	0,4		QE 4, IT (FAR)
	1		QE 4, VD
	0,25		QE 2, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	Nicht angegeben, da sich der aufgeführte Mehrbedarf auf die gesamte GL bezieht.		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 6 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): KVR-GL/42	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Intensivierung der Aktivitäten in der Verhältnisprävention		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Das BGM des KVR beschäftigt sich mit den Feldern Verhältnis- und Verhaltensprävention. In diesem Zusammenhang werden Konzepte entwickelt und Maßnahmen durchgeführt. Während die Maßnahmen der Verhaltensprävention auf einem guten, ausreichend hohem Niveau sind und in dieser Quantität und Qualität fortgeführt werden sollen, bedarf es bei der Verhältnisprävention noch einer Intensivierung der Aktivitäten.

In den breiten Ansatz des BGM soll insbesondere das angrenzende Thema Personalentwicklung mit den Aspekten Führung und Zusammenarbeit, Kommunikation und Konfliktmanagement einbezogen werden. Dazu kommt die Zusammenarbeit mit dem POR beim Thema „Alters- und Altersgerechte Arbeitsgestaltung bzw. Berufsverläufe“ (konsumtive Kosten 40.000 €). Neu ist außerdem eine Beteiligung des KVR bei einer berufs-begleitenden Präventionsmaßnahme der Deutschen Rentenversicherung „Beschäftigungsfähigkeit teilhabeorientiert sichern“.

Bei all diesen Themen sind Konzepte zu entwerfen, die die referatsspezifischen Belange berücksichtigen und eine maßgeschneiderte Umsetzung ermöglichen. Die Ausarbeitung dieser Strategien und Konzepte und deren Einführung erfordern zusätzliche dauerhafte Kapazitäten (1 VZÄ Sachbearbeitung BGM in BesGr. A10/EGr. 9C und 0,5 VZÄ Psychologin/Psychologe in EGr. 13).

Elementarer Bestandteil des BGM ist der Sportraum in der Ruppertstraße 19. Hier ist es auf Grund von alters- und abnutzungsbedingten Schäden zwingend notwendig einen Teil der Sportgeräte auszutauschen (150.000€) und dauerhaft zu warten (20.000 €).

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	--	---

Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	---

Kurze Begründung: BGM als stadtweite Pflichtaufgabe

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung: Verbesserung und Ausweitung der Aufgaben BGM im Rahmen der Verhältnisprävention.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	762.000 €

Lfd. Nr. 2

2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	150.000 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	110.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	45.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	60.000 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	150.000 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0,5		QE 4 (E13), SO
	1,0		QE3 (A10/E9c), SO
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0,5		QE 4 (E13), SO
	1,0		QE 3 (A10/E9c), SO
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

 ja

 nein

 teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): GL/L	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Maßnahme des Kreisverwaltungsreferats für den 2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention; Pilotprojekt „Inklusiver Bürgerservice“		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die neue Aufgabe ist Teil des stadtweiten 2. Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, der im März 2019 beschlossen wurde (BV-Nr. 14-20 / V13275). Für diesen Aktionsplan wurden Vorschläge entwickelt, wie der Behördengang für Menschen mit Behinderungen erleichtert werden kann. Der neue Service bietet eine Unterstützung für Menschen mit körperlichen, sinnes-, kognitiven oder seelischen Beeinträchtigungen. Dazu gehört eine geschulte Begleitung von der Infothek bis zum richtigen Zimmer. Außerdem wird die Terminreservierung so angepasst, dass die Unterstützungsangebote vorab online oder telefonisch vereinbart werden können. Zum Beispiel, wenn Bedarf besteht für mehr Zeit als bei einem Standardtermin, für die Begleitung zum Zimmer oder für das Dolmetschen in die deutsche Gebärdensprache (DGS). Ziel der Maßnahme ist es auch, hierzu Erfahrungen zu sammeln und mit anderen Referaten zu teilen.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Die Aufgabe ist freiwillig und bürgernah. Sie wurde als neues Angebot für den 2. Aktionsplan entwickelt. Sie verbessert den Service und ermöglicht die Inklusion/ Teilhabe für Kundinnen und Kunden mit Beeinträchtigungen. Der Inklusive Bürgerservice ist zunächst als Pilotprojekt für die Dauer von 3 Jahren angelegt, soll aber auf Dauer angeboten werden.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Diese neue Aufgabe ist für den 2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt worden. Eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus Verwaltung, Behindertenbeirat und weiteren Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen hat diese konkreten Unterstützungsangebote für mehr Inklusion konzipiert.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	326.100 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €

2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	76.900 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	49.200 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	22.100 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt? Das POR hat den Stellenbedarf für einen Befristungszeitraum von drei Jahren anerkannt (Stellungnahme vom 5.11.2018 liegt vor.)	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,64	1,64	QE 2, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,64	1,64	QE 2, VD (bis 2022)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0	0	

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

 ja

 nein

 teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %: 0

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %: 0

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): GL/3	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stelle „IT-Datenschutzmanager“ für die Geschäftsleitung		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:		
<p>Der „IT-Datenschutzmanager“ (Data Privacy Manager/“DPM“) ist für folgende Aufgaben durchführungsverantwortlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratungsfunktion für fachlich-technisch relevante Fragestellungen • Selbständige Bearbeitung eingehender fachlich-technischer Fragen im Bereich des Datenschutzes • Durchführung von Fort- und Weiterbildungen im Bereich des fachlich-technischen Datenschutzes • Agieren als zentraler Ansprechpartner für die Belange des referatsspezifischen Datenschutzes im Rahmen eines IT-Vorhabens • Begleitung eines IT-Vorhabens durch die Phasen Service Design und Service Transition des IT-Lösungsmanagements und dabei die technisch-fachlichen Belange des Datenschutzes einbringen • Identifizierung von datenschutzrelevanten Eigenschaften einer IT-Lösung im Rahmen des Anforderungsmanagements • Erstellen von fachlichen Anforderungen im Sinne des Datenschutzes als funktionale bzw. nicht-funktionale Anforderungen in Fachkonzepten • Erstellung der technisch-organisatorischen Maßnahmen • Meldung zum Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten (VvV) • Durchführung der Schwellwertanalyse gem. DSGVO • Erstellung der Informationsblätter nach Art. 13, 14 DSGVO • Durchführung der Datenschutz-Folgenabschätzung und frühzeitige Einbindung relevanter Stakeholder (z. B. Fachabteilung, örtliche/r Datenschutzbeauftragte/r) im Rahmen der Datenschutz-Folgenabschätzung 		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung:		
<p>Seit dem 25. Mai 2018 gilt die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Sie bringt zahlreiche neue Anforderungen. Eine der bedeutsamsten Neuerungen der DSGVO ist es, dass Unternehmen und Verwaltungen nachweisen müssen, die Anforderungen der DSGVO eingehalten zu haben (sog. „Rechenschaftspflicht“).</p>		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung:		

Im Rahmen des stadtweiten Datenschutzes stellt die Verankerung von referatsspezifischen Aspekten des Datenschutzes gem. DSGVO in der Realisierung von IT-technisch unterstützten Abläufen und Geschäftsprozesse ein zentrales Handlungsfeld dar.

In diesem Sinne wurde ein, durch den stadtweiten Lenkungskreis DSGVO abgenommenes, Konzept entwickelt, neben dem referatsspezifischen Datenschutzbeauftragten einen operativ agierenden Data Privacy Manager (DPM) als Prozessrolle einzuführen. Die verpflichtende Wahrnehmung der Aufgaben des DPM wurde nochmals mit Schreiben vom 05.02.2019 der städtischen Datenschutzbeauftragten an das Kreisverwaltungsreferat adressiert.

Es ist jedoch zielführender, diese Aufgaben nicht nur als Prozessrolle auszuüben, sondern auf Grund der Diversität in den Anforderungen hinsichtlich datenschutzrechtlichen Wissen und IT-Affinität an die Ausführenden als eigene Stelle im Form eines „IT-Datenschutzmanager“ und damit in einer Person zu bündeln und entsprechende Aktivitäten bzw. Verantwortlichkeiten in geeigneten Organisationseinheiten anzusiedeln.

Eine Ansiedlung bei GL/3 kommt in Betracht, da eine Ansiedlung der Stelle in den Fachbereichen, welche die Verarbeitungstätigkeit durchführen bzw. in Auftrag gegeben haben, auf Grund der nicht vorhandenen IT-Affinität nicht als zielführend erscheint. Eine Ansiedlung im Bereich Datenschutz, Compliance und Recht, also im Bereich der HA I/1 ist auf Grund der Aushebelung der Kontrollfunktion des örtlichen Datenschutzbeauftragten nicht sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund dient diese Stelle für einen referatsspezifischen „IT-Datenschutzmanager“ (Data Privacy Manager/DPM) bei GL/3 dazu, die aus Datenschutzperspektive notwendigen Aufgaben und Aktivitäten im Rahmen des Prozessmodells IT-Service wahrzunehmen bzw. zu verantworten. Durch die konkrete Ausgestaltung dieser Stelle mit ihren Verantwortlichkeiten und Rollen in den gültigen Prozessmodellen des IT-Lösungsmanagements wird die gewünschte verbindliche Integration des Datenschutzes auch aus operativer Sicht sichergestellt.

Der „IT-Datenschutzmanager“ ersetzt keine rechtliche Beratung oder gar einen Datenschutzbeauftragten. Allerdings können durch die Unterstützung „IT-Datenschutzmanager“ die Arbeitsabläufe im Bereich des Datenschutzes im Rahmen von IT-Vorhaben deutlich standardisiert und vereinfacht werden und somit Aufwand reduziert werden.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €

Lfd. Nr. 4

2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0	0,0	3. QE
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0	0,0	3. QE
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0,0	0,0	

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/1, II/2, II/3, II/4, III/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: GL/1
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit; Evaluierung des Stellenbedarfes der Servicetelefone		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Sicherstellen des Bürgerservices in der telefonischen Erreichbarkeit:

In den besonders von Bürgerkontakten und Publikumsverkehr geprägten Abteilungen des Kreisverwaltungsreferates (Bürgerbüro, Ausländerbehörde, Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, Gewerbebehörde, Standesamt) sind Servicetelefone eingerichtet. Insgesamt werden hier monatlich etwa 60.000 Anrufe abgewickelt. Aufgrund der stetig zunehmenden Bevölkerung sind auch weiterhin ansteigende Anrufzahlen zu verzeichnen. Hinzu kommt die verstärkte Einführung der Terminvereinbarung und die Möglichkeit, Termine auch telefonisch zu vereinbaren. Um das vorgegebene Stadtratsziel zu erfüllen, eine 80%-ige telefonische Erreichbarkeit zu gewährleisten, ist regelmäßig der Stellenbedarf auf der Basis der Anrufzahlen zu überprüfen.

1.2 AufgabenartPflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernahe Aufgabe Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe

Kurze Begründung: Die Aufgabenerfüllung dient der Umsetzung gesetzlicher Pflichtaufgaben der zuständigen Fachdienststellen und dabei insbesondere dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich erforderlicher Auskünfte und Beratungen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfsinhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung: Aus den Statistiken der Anrufzahlen 2018 ist gegenüber der im Jahr 2017 durchgeführten Stellenbemessung eine weitere, erhebliche Steigerung des Anrufaufkommens bei den Servicetelefonen des Kreisverwaltungsreferates ersichtlich. Hinzu kommt eine zusätzliche Servicenummer des Bürgerbüros für die Terminvereinbarung ab 2019. Die Evaluation erfolgt mit aktuellen Werten des Jahres 2018. Außerdem ist das zusätzliche Aufkommen und weitere Planungen hinsichtlich der Terminvereinbarung zu berücksichtigen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3.978.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €

2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	426.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	390.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	36.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	13		QE 2, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	13		QE 2, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	48 inkl. Führ.kr., z. T. kombiniert mit anderen Aufgaben (Check-In)		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

 ja nein teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

13

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: Kreisverwaltungsreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): GL/2	betroffene Referate: alle Referate außer RIT
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: SKA / POR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Münchner Kommunales Rechnungswesen, Ressourcen der Referats-Haushaltssachgebiete und der Querschnittsbereiche der Stadtkämmerei, Projekt Bemessung Anlagenbuchhaltung, Personalzuschaltung im Bereich GL 2 und Branddirektion		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 16.12.2009 wurde das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, die Bemessung aller Haushaltssachgebiete der Referate sowie der Hauptabteilung Haushaltswirtschaft der Stadtkämmerei und der Abteilung 2 CCC des Kassen- und Steueramtes zu überprüfen und jeweils im Benehmen mit den betroffenen Referaten festzulegen. Für die Umsetzung des Stadtratsauftrags vom 16.12.2009 wurde im Dezember 2012 das Projekt Rechnungswesenprozesse und -ressourcen (Projekt MKRw) in gemeinsamer Verantwortung der Stadtkämmerei und des Personal- und Organisationsreferats unter Beteiligung des Gesamtpersonalrats und der Referat initiiert. Ziel des Projekts ist es, standardisierte Rechnungswesenprozesse festzulegen und auf dieser Grundlage eine analytische Stellenbemessung gemäß dem Leitfadens zur Stellenbemessung durchzuführen.

1.2 AufgabenartPflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernehe Aufgabe Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe

Kurze Begründung:

Nach Art. 74 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) sind Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

Im Projekt Rechnungswesenprozesse und -ressourcen sind anhand der definierten Prozesse die erforderlichen Stellenbedarfe für die Anlagenbuchhaltung zu bemessen. Im Rahmen des Projektes Bemessung der Anlagenbuchhaltung wurden 2018 stadtweit die erforderlichen Kapazitäten für die dezentrale Anlagenbuchhaltung unter Federführung der Stadtkämmerei und des Personal- und Organisationsreferats festgestellt. Aufgrund der Vielzahl und Komplexität der Prozesse wurde von dem bisherigen analytischen Bemessungsverfahren abgewichen und es erfolgte eine Betrachtung der (Teil-)Prozesse auf oberster Ebene (summarisches Verfahren). Die Bemessung erfolgte für alle Tätigkeiten der Anlagenbuchhaltung mit Ausnahme der Monats- und Jahresabschlussarbeiten.

inhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung:

Im Projekt stehen zwei wesentliche Themenfelder im Betrachtungsfokus. Zum einen die weiterhin schwierige Situation in Bezug auf den Aktivierungstau und die Notwendigkeit einer Personalverstärkung generell in den Bereichen der Anlagenbuchhaltung. Im Kreisverwaltungsreferat wurde GL/2 aufgrund der Fallzahlsteigerungen in den letzten Jahren durch eine vorübergehend abgeordnete Dienstkraft (1,0 VZÄ) für den Bereich der Geschäftsleitung und der Hauptabteilung I-III unterstützt. Selbst unter Zugrundelegung der ab 01.01.2019 erhöhten Wertgrenze besteht im Bereich der Geschäftsleitung und der Hauptabteilung I-III weiterhin ein zusätzlicher Bedarf von 0,5 VZÄ für die Betreuung des beweglichen Anlagevermögens.

Bei der Branddirektion besteht zudem ein Bedarf von 1,0 VZÄ. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: 0,2 VZÄ für den Abbau Aktivierungsstau, 0,8 VZÄ für die Betreuung des beweglichen Anlagevermögens (feuerwehrtechnisches Anlagevermögen und feuerwehrspezifische IT).

2. Finanzielle Auswirkungen		
2.1 Zahlungen gesamt		2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv		0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv		462.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv		0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv		0 €
2.2 konsumtiv		Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen		0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen		0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte		0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		0 €
2.2.2 Auszahlungen		50.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen		45.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)		0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten		5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen		0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		0 €
2.3 investiv		Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen		0 €
2.3.2 Auszahlungen		0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,5		2. QE, VD A8/E9a

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,5		2. QE, VD A8/E9a
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %: 0
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %: 0

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/6	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Anschaffung von Funkgeräten für den Kommunalen Außendienst		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

In der täglichen Arbeit des Kommunalen Außendienstes zeigte sich bereits mehrfach ein Defizit der vorhandenen Kommunikationsmittel in Bezug auf lagebedingt eilig abzusetzende Meldungen einer Streife an die anderen Streifen, bzw. von der diensthabenden Teamleitung an die Streifenkräfte.

Dieser Bedarf kann durch die Ausstattung der Außendienstkräfte mit Digitalfunk gedeckt werden.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Der Stadtrat beschloss am 15.06.2016 im Grundsatz die Einführung eines Außendienstes des KVR für polizeilich definierte Brennpunkte. Mit Beschluss vom 26.07.2017 wurde diese Vorgabe konkretisiert.

Neben seiner Funktion als Service- und Auskunftsdienst, der durch seine Uniform jederzeit erkennbar und ansprechbar ist, verfolgt der KAD primär in seinem Einsatzgebiet Ordnungsstörungen und sorgt damit für die Einhaltung von städtischen Verordnungen, Satzungen, Allgemeinverfügungen und einschlägiger Gesetze durch die Aufnahme von Ordnungswidrigkeiten-Anzeigen oder dem Erteilen von Verwarnungen oder Platzverweisen. Er arbeitet hierbei in enger Kooperation mit anderen Sicherheitsakteuren, insbesondere der Landespolizei.

Der KAD erledigt diese Aufgaben in Form von Fußstreifen innerhalb eines Drei-Schicht-Systems im Zeitraum von 10:00 Uhr bis 06:30 Uhr.

Hierbei ist alleine aus Gründen der Eigensicherung eine Mindestbesetzung der jeweiligen Streifen zu drei, bzw. vier Personen notwendig. Neben einer Stichschutzweste sind die Streifen mit C/S-Gas und Handfesseln ausgerüstet. Darüber hinaus erfolgt derzeit die Ausstattung mit einem Einsatzmehrzweckstock.

Für die Kommunikation im Außendienst verfügt jede Streifenkraft über ein Smartphone. Hierüber erfolgt die Dokumentation ausgesprochener Platzverweise, besonderer Vorkommnisse und kontrollierter Gewerbebetriebe, sodass ein einheitlicher Kenntnisstand der Lage für sämtliche Streifenkräfte sichergestellt ist.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe

neue Aufgabe

quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung:

In der Vergangenheit erwies sich das Smartphone dann als unvorteilhaft, wenn es in brenzligen Situationen erforderlich war, schnellstens alle in der Nähe verfügbaren Dienstkräfte herbeizurufen. So war bereits des Öfteren ein kurzfristiger Schwerpunkteinsatz des KAD erforderlich. Über Funk könnte in diesen Fällen direkt mit anderen Kräften kommuniziert werden. Auch könnte die sich im Innendienst befindende Teamleitung eine bessere Einsatzkoordination leisten, als dies derzeit über einen Kurznachrichtendienst innerhalb einer SIMSme-Gruppe möglich ist.

Weiter könnte über Funk schneller eine Lageänderung im Einsatzgebiet bekannt gegeben werden, bei der die Streifenkräfte eine unmittelbare Rückmeldung geben könnten. Beispielhaft sei hier ein kürzlich stattgefundenener Raubüberfall in der Landwehrstraße genannt. Neben der Unterstützung, die der KAD den Polizeikräften bei der Festnahme zuteil werden ließ, war es notwendig, die restlichen Streifenkräfte im Umkreis des Tatorts über zwei weitere flüchtige, mit Messern bewaffnete, also potentiell gefährliche, Täter zu informieren.

Auch die Alarmierung weiterer Notdienste ist über Funk schneller möglich, als per Bedienung eines Smartphones (insbesondere bei Regen und Dunkelheit).

Seit Beginn der Außendiensttätigkeit im Juli vergangenen Jahres erfolgt eine unablässige Überprüfung der Ausrüstungsgegenstände. Vieles, was innerhalb der Projektphase allenfalls theoretisch denkbar war, stellte sich in den vergangenen Monaten als unverzichtbar heraus. So musste alleine die Ausstattung an Schutzausrüstung schon mehrfach erweitert werden. Hierbei steht der KAD weiterhin in engem Austausch mit mehreren kommunalen Ordnungsdiensten, der Polizei, sowie anderen Sicherheitsakteuren, wie z. B. der DB-Sicherheit.

Die Notwendigkeit der Ausstattung des KAD mit Digitalfunk wurde in der Vergangenheit bereits des Öfteren von unseren Kontakten der Bundespolizei, des Polizeipräsidiums und der DB-Sicherheit betont. Hier wurde alleine durch das Vorhandensein eines Funkgeräts eine abschreckende Wirkung bei aggressivem Klientel erkannt, womit also auch eine zusätzliche Präventivwirkung erzielt werden würde.

Auch andere Ordnungsdienst, wie das Ordnungsamt Augsburg, sowie die Stadt Stadtbergen haben für ihren Außendienst mittlerweile Funkgeräte beschafft.

Die Ausstattung des Außendienstkräfte mit Funkgeräten hilft, den Einsatz im Sinne der Münchner Bürgerschaft, sowie der Gewerbetreibenden effizienter und effektiver zu gestalten.

Vor allen Dingen jedoch dient sie der Steigerung der Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere bei der nun anstehenden Einführung des vollen Schichtsystems und damit der Ausweitung der Schichtzeiten auf das Münchener Nachtleben.

Aus oben genannten Gründen ist die Anschaffung von Funkgeräten für den Kommunalen Außendienst erforderlich.

Aktuell wird für die Anmietung von 54 Funkgeräten nebst Zugang zum Digitalfunknetz der SWM

von monatlich Kosten in Höhe von maximal 3.500,00 EUR ausgegangen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	210.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	42.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	0 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	42.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	0 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Geltend gemachter Bedarf			
Stellenmehrbedarf für das Planjahr			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/4	betroffene Referate: Planungsreferat, Baureferat, Stadtkämmerei
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: Planungsreferat
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Parkraummanagement Sektor VI (13 neue Gebiete)		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Das Planungsreferat beabsichtigt den Stadtrat im Herbst 2019 mit dem Beschluss von erneut (wie aktuell beim PRM Sektor V im Dezember 2018) bis zu 13 weiteren neuen PRM Gebieten zu befassen. Die erforderliche Abstimmung mit den Bezirksausschüssen und die Detailplanungen laufen mit Hochdruck. Konkret ist in den folgenden 13 Gebieten die Neueinführung des PRM vorgesehen: Laim (Erweiterung), 2x Harras, 3x Pasing, OEZ II, 2x Partnachplatz, Rotkreuzplatz (Erweiterung) und 3x Obergiesing. Da die künftigen Gebiete von der Größe her und auch dem erforderlichen Überwachungsbedarf mit den im jüngsten PRM Sektor V Beschluss (mit ebenfalls 13 Gebieten) zu vergleichen sind, orientieren die benötigten Ressourcen an diesem Beschluss.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Pflichtaufgabe auf Grundlage von § 45 Abs. 1b Satz 2 StVO, d.h. Schaffung von Parkmöglichkeiten für Bewohner zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung.
Parkraummanagement - im Sinne der Bewirtschaftung von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum - ist eine wichtige Stellschraube für die Gestaltung des Straßenverkehrs in München.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Der geplante Stadtratsauftrag führt zu einer Steigerung der Fallzahlen in erheblichem Maße in allen bestehenden Organisationseinheiten der Abteilung Verkehrsüberwachung.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	14.040.000 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	16.284.300 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €

2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	200.000 €
2.2.2 Auszahlungen	1.862.300 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	1.560.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	195.900 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	106.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt? Ein methodisches Klärungsgespräch mit dem POR hat stattgefunden. Als Gesprächsergebnis findet ab 27.2.2019 eine Bemessung vor Ort in den Bereichen I/411 (SB Verwarnungsverfahren) und I/401 (SB Personal, Dienstkleidung, Ausrüstungsgegenstände) statt. Im Bereich Außendienst I/42 wird auf qualitative Schätzungen zurück gegriffen und im Bereich Parkausweise I/43 wird die quantitative Aufgabenausweitung durch parallel verfolgte Optimierungen im Verfahren bei der Ausweiserteilung ausgeglichen.	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	42 VZÄ E5	0	Außendienst
	4 VZÄ E9a	0	Teamleitung AD
	1 VZÄ E9a/A9	0	SGLeitung AD
	4x VZÄ E7/A7	0	SB Verwarn.verfahren
	0,5 VZÄ E8/A8	0	SB Personal KVÜ
	0,5 VZÄ E10/A11	0,5	SB P&O KVR-GL
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	42 VZÄ E5	0	Außendienst
	4 VZÄ E9a	0	Teamleitung AD
	1 VZÄ E9a/A9	0	SGLeitung AD
	4x VZÄ E7/A7	0	SB Verwarn.verfahren
	0,5 VZÄ E8/A8	0	SB Personal KVÜ
	0,5 VZÄ E10/A11	0,5	SB P&O KVR-GL

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	ca. 300	0	Fast ausschließlich TB im Außendienst und 2. QE

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> teilweise
<p>5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?</p> <p>Für die o.g. 47 VZÄ im Bereich des Außendienstes besteht zusätzlicher Raumbedarf zu dem bereits mit Beschluss vom Dezember 2018 (Beschluss PRM Sektor V) angemeldeten Bedarf an einer neuen mit zentraler, d.h. in verkehrsgünstiger Lage gelegenen Dienststelle für den Außendienst, nachdem schon die im Dezember 2018 beschlossenen 46 VZÄ nicht mehr im Bestandsbau Reisingerstr. 10 untergebracht werden können.</p>		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art: In der Summe 3.460.000 € dauerhafte Erlöse ab 2021, davon 785.000 € an Erlösen aus Parkausweisen, sowie 2.090.000 € an Erlösen aus Verwarnungsgeldern und 585.000 € an Erlösen aus Bußgeldern, dies neben dem Überschuss an Erlösen aus den Parkscheinautomaten des BauR.	Höhe über 100 %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art: Siehe 6.1	Höhe über 100 %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3 und III/3	betroffene Referate: keine
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR I/3
Arbeitstitel geplanter Beschluss: „Die Stadt wächst“ - Personalbedarf wegen Aufgabenmehrung im Bereich Mobilität		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Der Bereich Verkehrssicherheit und Mobilität steht vor großen Herausforderungen. Die Fallzahlen steigen; insbesondere auch die Anträge und Anfragen der Bürgerinnen und Bürger werden aufgrund der weiter wachsenden Stadt und der damit verbundenen größer werdenden Verkehrsprobleme immer mehr und die Anforderung an die Bearbeitung steigt qualitativ. Auch andere Bereiche der LH München und städtischer Töchter (z.B. MVG) vergrößern ihre Anstrengungen. Neue Themenfelder wie die Modellstadt 2030 und aus den aktuell noch geförderten Pilotprojekten ECCENTRIC und EASYRIDE bringen weitere neue Aufgaben mit sich, die in der wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund einer notwendigen Verkehrswende zur Daueraufgabe werden. Dies führt zu Aufgabenmehrungen bei I/3 und III/3 in allen Bereichen.

Um den Bürgerservice beizubehalten und auch noch zu verbessern und die anstehenden Pflichtaufgaben der Straßenverkehrsbehörde weiter wahrnehmen zu können, braucht es weitere 55,5 VzÄ. Desweiteren wird die dauerhafte Entfristung von insgesamt 8 VzÄ aus dem Bereich Elektromobilität (IHFEM, 2 VzÄ), sowie den Projekten ECCENTIRC (3 VzÄ) und EASYRIDE (3 VzÄ) notwendig. Insgesamt werden damit 63,5 VzÄ geltend gemacht.

Die Beschlussvorlage beschreibt die Aufgabenmehrungen bei alle Unterabteilungen von I/3 und im Bereich III/3.

Neben Fallzahlensteigerungen bei I/33 werden auch konzeptionelle Tätigkeiten beschrieben.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Es handelt sich vorwiegend um Aufgaben die dem KVR als untere Straßenverkehrsbehörde übertragen sind. Daneben werden freiwillige Aufgaben wie z.B. im Zusammenhang mit Schulweghelfern beschrieben, die ebenfalls einen Mehrbedarf auslösen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

(siehe oben)

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024

2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	785.819 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	19.271.600 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	118.600 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	785.819 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	785.819 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	2.071.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	1.755.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	160.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	156.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	118.600 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	12		QE 2
	41,5		QE 3
	5	3 (bis 31.08.2020)	QE 4
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	12		QE 2
	42,5	1 (bis 31.12.2020)	QE 3
	9	4 (bis 31.12.2020) 3 (bis 31.08.2020)	QE 4

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 55,5 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art: Bei den zu entfristenden Stellen: 3 VZÄ – Easyride (Fördermittel BMVI) und 3 VZÄ – Eccentric (EU-Fördermittel)	Höhe in %: 100
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: BAU, RIT, PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Umsetzung Verkehrssicherheitskonzept – 2. Stufe		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Stadtratsauftrag vom 27.11.2018 (47 Antragspunkte); Steigerung der Verkehrssicherheit mit einer Vielzahl neuer Methoden, Instrumente, Aufgaben und Prozesse		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Umsetzung und Berücksichtigung des § 1 Straßenverkehrsordnung		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung:		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	4.892.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €

2.2.2 Auszahlungen	779.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	210.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	550.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	19.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	7		QE 3, E 13
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE 3, E 13
	7		
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 7 VZÄ		

6. Refinanzierung
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Lfd. Nr. 12

Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: BauR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: BauR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: LSA Austauschprogramm		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Aktuell unterliegen die LSA einem Austauschturnus von 20-25 Jahren. Die Hersteller übernehmen aber bereits nach 15 Jahren keine Gewähr mehr, so dass das BauR seinen Austauschturnus verkürzen wird. Hierfür ist eine Vorlage geplant. Die Verkürzung der Austauschfrist führt zu einem Mehraufwand bei I/32.		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Es handelt sich um verkehrsrechtliche Anordnungen der unteren Straßenverkehrsbehörde.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Kürzerer Austauschturnus bedeutet häufigerer Wechsel und entsprechend häufigere Anordnungen		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €

Lfd. Nr. 13

2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		QE 3, TD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		QE 3, TD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		
1 VzÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: gem. KVR/PLAN
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Gesamtkonzept Sharing Mobility		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Das Kreisverwaltungsreferat mit der Straßenverkehrsbehörde und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung möchten sich mit dieser Beschlussvorlage beauftragen lassen, eine Sharing Mobility Strategie mit konkreten Umsetzungsschritten zu entwickeln. Ziel ist dabei eine abgestimmte, ganzheitliche Vorgehensweise zur Nutzung von Sharing Mobility Angeboten unter Berücksichtigung städtischer und regionaler Qualitätsvorgaben.

Zudem bestehen eine Reihe von offenen Aufträgen aus Stadtratsbeschlüssen, Anträgen und Anfragen, die in geordneter Form im Rahmen der Erstellung der Sharing Mobility Strategy bearbeitet werden sollen.

Für die Bearbeitung der zu erwartenden Aufgaben werden insgesamt 5 VZÄ (Einwertungen A11-12 und E13/14) im Fachbereich I/31 benötigt. Weiterhin werden Sachmittel in Höhe von 1,1 Mio Euro benötigt.

Folgende Stellen sind erforderlich:

- Fachkoordination (Innerhalb KVR und Stadt, Stakeholdernetzwerke, offizielle Fachgremien, national und international, Fachkoordination Autonomes Fahren, Logistik, Drohnen und Lufttaxis) (E14)
- Kommunikations- und Informationskampagne sowie Entwicklung und Betreuung eines gesamtstädtischen Sharing Mobility Designs (E 13)
- Anordnungen im Straßenraum (Standortprüfungen, Anordnungen, Beschilderung, Schnittstelle bauliche Umsetzung) (A11-12)
- Begleitung des Digitalisierungsprozesses im Verkehrssektor und Schnittstelle zu den Sharing-Mobility Anbietern (Datenplattformen, Apps), Schnittstelle zur Smart City App bzw. München App (E13)
- Anbietermanagement und Begleitung Evaluation (Lizenzvergabe, Vertragsabwicklung, Leistungsbeschreibung, Ausschreibung, Vergabe, Betreuung, Abnahme und Controlling von externen gutachterlichen Leistungen, (E13)

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Vollzug Carsharinggesetz, Mobilitätsdienste für die Bürger, Neue Form des ÖPNV mit zunehmender Bedeutung

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

Kurze Erläuterung: Das bestehende Angebot soll ausgeweitet werden, d.h. Fz. und Stellplatzzahl sowie digitale Plattformen werden zunehmen. Zudem wird es neue Formen der Angebotsbereitstellung geben (vertraglich, Ausschreibung, Tarife etc.). Es wird neue Angebote und Anbieter geben und es muss eine Bewertung und Kommunikation erfolgen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.630.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	464.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	150.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	300.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	14.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €
3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	5		QE 3 (A11-12), QE 4 (E 13-E14)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE 3 (A11-12), QE 4 (E 13-E14)
	5		
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

 ja

 nein

 teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

5 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: RAW, PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Kommunikation der neuen Mobilitätsdachmarke mit Maßnahmenumsetzung		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Kommunikation der neuen Mobilitätsdachmarke „München unterwegs“ für die Gesamtstadt (nicht nur KVR); Projektsteuerung und Koordination, Umsetzung, Internet, Social Media, Print, Campaigning etc.

1.2 AufgabenartPflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernahe Aufgabe Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe

Kurze Begründung:

1.3 Auslöser des Mehrbedarfsinhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung: In 2019 soll die neue Mobilitätsdachmarke „München unterwegs“ gelauncht werden. Sie löst die alten Marken, „Gscheid Mobil“ und „Radlhauptstadt“ ab. Insofern ist das eine neue Aufgabe, die ehemalige Aufgaben stark verändert und in ihrer Mächtigkeit, Reichweite und Umfang deutlich ambitionierter ist, als die markenbezogenen Aktivitäten zuvor.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3.112.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €

2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	565.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	60.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	500.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 4
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 4
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 2 VZÄ		

6. Refinanzierung

Lfd. Nr. 15

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: RAW, PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Mobilitätsmanagement systematisch und flächendeckend		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Mit Hilfe von Information, Beratung, Motivation und Diensten soll eine spürbare Änderung des Mobilitätsverhaltens weg vom Auto hin zu mehr Umweltverbund erreicht werden		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Es gibt bereits seit 2006 ein entsprechendes Programm. Der Stadtrat hat am 25.07.2017 und 23.11.2017 (14-20 / V 09211) eine flächendeckende Ausweitung auf den ganzen Münchner Norden beschlossen. Im nächsten Schritt ist nun die Ausweitung auf die Gesamtstadt geplant. Aufgrund des sich permanent verändernden Mobilitätsangebots, hoher Fluktuation der Bevölkerung sowie sich ändernder Lebenssituationen ist dauerhafter Bedarf gegeben.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung:		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	22.448.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €

2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	4.262.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	240.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	4.000.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	22.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	8		QE 4 (E13)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	8		QE 4 (E13)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		
8 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: RAW, PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Koordination Wissenschaft und Förderprojekte		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Von Seiten der EU und des Bundes werden regelmäßig Wettbewerbe für Förderprojekte ausgeschrieben, an welchen sich das Kreisverwaltungsreferat erfolgreich beteiligen kann und dabei Knowhow und Ressourcen für die Aufgabenerfüllung akquiriert. Gleichzeitig gehen beim KVR – häufig mit politischer Unterstützung (z.B. Inzell-Initiative, Modellstadtprojekt) - sehr viele Anfragen aus Wirtschaft/Industrie und Wissenschaft ein, mit dem Ziel Kooperationsprojekte zu starten. Sie dienen der Erprobung neuer Konzepte, Produkte und Technologien und dem Erfahrungsaustausch sowie der Genehmigung von Tests und Regelbetrieben. Das KVR verfügt über einen Erfahrungsschatz und einen Katalog an Zuständigkeiten, der es den genannten Partnern zu einem unverzichtbaren Partner für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung macht. Um die Akquisition von Ressourcen und Knowhow für mehr nachhaltige Mobilität und die wirtschaftspolitische Funktion der Straßenverkehrsbehörde systematisch und erfolgreich zu betreiben und zu erfüllen sind feste und kundige Ansprechpartner und Koordinatoren notwendig. Sie werden sich nach den jahrelangen Erfahrungen durch die Gewinnung von Fördermitteln mehrfach refinanzieren. Zudem würde die Stammebelegschaft von dieser bereits vorhandenen Zusatzaufgabe entlastet. Konkret sind die beiden Vorhaben KIC Urban Mobility (2019 – 2025; 400 Mio Fördersumme) sowie M3 Cube nur mit zusätzlichem Personal zu bewältigen. Nötig ist ein Spezialist für nationale Förderprojekte und Kooperationen und einer für internationale Förderprojekte und Kooperationen.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
---	---	---

Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	---

Kurze Begründung: Die Kooperation mit Fördermittelgebern, Wissenschaft und Wirtschaft/Industrie wird künftig eher noch intensiver und bedeutsamer und langfristiger angelegt werden.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung: Die Kooperationen und Förderprojekte behandeln immer neue Themen. Zudem werden sie deutlich mehr.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	2.500.000 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	612.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €

2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	500.000 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	500.000 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	65.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	60.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 4
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 4
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja

nein

teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

2 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art: Förderprojekt (EU/Bund)

Höhe in %: 100

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/3	betroffene Referate: RAW, PLAN
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: PLAN
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Gesamtkonzept für Wirtschaftsverkehr und Logistik		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Mehr als ein Drittel aller Fahrzeuge auf den Straßen sind Wirtschaftsverkehr mit erheblicher Bedeutung für die Verkehrsbelastung und Wirtschaft mit stark steigender Tendenz, nicht zuletzt durch den Online-Handel und das allgemeine Wirtschaftswachstum. Für diesen großen Verkehrsanteil existiert in der LH München bislang kein Gesamtkonzept. Aus der AG Logistik des Modellstadt 2030-Projekts der Inzell-Initiative heraus wird ein Stadtratsbeschluss vorbereitet, in dem innovative Lösungen für diesen Verkehrssektor entwickelt und umgesetzt werden sollen. Parallel hat die IHK eine Strategieguppe Wirtschaftsverkehr und Logistik ins Leben gerufen, deren Hauptforderung die Entwicklung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts ist, in dem sowohl die Erfahrungen aus verschiedenen bestehenden Modellprojekten (u.a. ECCENTRIC, City2Share und Smarter Together) als auch aus neuen Pilotprojekten (z.B. Innenstadtbelieferung von den Stachustiefgaragen aus) verarbeitet werden sollen. Zu differenzieren ist zwischen KEP-Diensten (last mile, white label...) und Stückgutlogistik (größere Einheiten und Mengen). Zu bearbeiten sind Themen, wie Nachtbelieferung mit lärmreduzierten Logistikkonzepten, neue Fahrzeugantriebe, Entwicklung und Einsatz neuer digitaler Plattformen für den Logistikbereich, Cargo-Tram bis hin zu visionären Ansätzen wie Loop-Konzepten und ihren Schnittstellen zum Straßenverkehr, Lieferzonen, Lieferzeiten, Lieferverkehr und Verkehrssicherheit, Umnutzung von Stellplätzen uvm. Das KVR ist an all diesen Themen aktiv beteiligt, verfügt aber weder über entsprechende Spezialisten noch über irgendeine Personalressource. Nötig ist ein(e) Spezialist(in) für Konzeption, Koordination und wissenschaftliche Bewertung von Wirtschaftsverkehrs- und Logistikkonzepten im Straßenverkehr und ein(e) Mitarbeiter(in) im Verwaltungsdienst zur rechtlichen Prüfung und Anordnung von spezifischen Maßnahmen im Straßenraum.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Die Sicherung von Erreichbarkeit und Sicherheit auch für den Güter- und Wirtschaftsverkehr ist eine Pflichtaufgabe. Jeder Bürger, der Lieferdienste in Anspruch nimmt oder unter den Auswirkungen des Wirtschaftsverkehrs leidet, ist direkt betroffen und über die Warenketten bis zum Endkunden auch indirekt. Die Aufgabe wird in Bedeutung und Umfang künftig eher zunehmen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung: Bislang wurde Wirtschaftsverkehr und Logistik v.a. bei der Anordnung von Lieferzonen behandelt. Das Aufgabenspektrum erweitert sich jedoch erheblich und nimmt im Umfang massiv zu.

2. Finanzielle Auswirkungen

--	--

2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	1.612.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	265.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	60.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	200.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	5.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 3 + 4
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2		QE 3 + 4

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 2 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): KVR I/52 Fleischhygienekontrollen	betroffene Referate: KVR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf amtlicher Fachassistentinnen und Fachassistenten für die amtliche Fleischuntersuchung		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Münchner Schlachthof Betriebs GmbH betreibt den Rinderschlachthof in München am Standort Zenettistr.. Die Schweineschlachtung wird von der Schweineschlachtung München GmbH betrieben. Die Schlachtung von Tieren erfordert zwingend eine amtliche Schlachtieruntersuchung sowie eine amtliche Fleischuntersuchung. Die LHM ist gesetzlich verpflichtet, die erforderlichen Untersuchungen durchzuführen und muss daher entsprechend Personalkapazitäten vorhalten. Bei KVR I/52 sind hierfür amtliche Tierärzte/innen sowie amtliche Fachassistenten/innen angestellt.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	--	---

Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	---

Kurze Begründung: Die LHM ist gesetzlich verpflichtet, die erforderlichen Untersuchungen durchzuführen und muss daher entsprechend Personalkapazitäten vorhalten.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung: Die Münchner Schlachthof Betriebs GmbH hat im Januar 2019 gegenüber dem KVR mitgeteilt, dass die zukünftige geplante jährliche Anzahl an Schlachtrindern im Vergleich zu 2018 um bis zu 40% höher liegen wird.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	1.824.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €

2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	184.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	180.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	4.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
--	--	--

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6 (TV-Fleisch)		QE 1
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6 (TV-Fleisch)		QE 1
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	25		QE 1

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird		

Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art: Fleischhygienegebühren	Höhe in %: Refinanzierung durch Fleischhygienegebühren sichergestellt
-----------------------------	--

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/12	betroffene Referate: Stadtkämmerei
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf im Bereich gewerberechtlicher Ordnungswidrigkeiten		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Durchführung von Bußgeldverfahren im Bereich gewerberechtlicher Ordnungswidrigkeiten		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung:		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Anzeigenmehrung aufgrund erhöhter Kontrolldichte		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	1.875.000 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	768.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	375.000 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	375.000 €
2.2.2 Auszahlungen	83.400 €

2.2.2.1 Personalauszahlungen	75.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2,5		QE3 in A 10
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2,5		QE3 in A 10
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art: Bußgelder	Höhe in %: 100

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:Bußgelder

Höhe in %: 100

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/221	betroffene Referate: KVR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: HA I/221
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Laufende Zahlungen für die Reptilienauffangstation		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:		
<p>Das KVR vollzieht im Zusammenhang mit lebenden Tieren die Aufgaben des Tierschutzes, des Tierseuchen- und Sicherheitsrechtes.</p> <p>Die Auffangstation erbringt diesbezüglich Pflicht- und freiwillige Leistungen für die LHM gegen finanziellen Ausgleich.</p>		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
<p>Kurze Begründung:</p> <p>Die Pflichtaufgaben ergeben sich kraft Gesetzes. In Bezug auf die Auffangstation für Reptilien, München e.V. handelt es sich dabei um Leistungen, zu denen die LHM verpflichtet ist. Dies betrifft beispielsweise die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung aller Fundtiere nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bis zum 28. Tag sowie für die Verwahrung behördlich weggenommener / sichergestellter Tiere nach dem LStVG, dem Tiergesundheitsgesetz, dem TierSchG sowie dem BNatSchG.</p> <p>Zu den freiwilligen Leistungen zählen Vergütungen durch die LHM für Leistungen der Auffangstation, zu denen die Stadt zwar nicht gesetzlich verpflichtet ist, die aber durchaus in ihrem Interesse liegen. Zu nennen wären hier beispielsweise die finanziellen Aufwendungen für die Unterbringung von Tieren nach dem 28. Fundtag, insbesondere von Gefahrtieren, die wegen der bestehenden Gesetzeslage (Erlaubnispflicht) nur sehr schlecht zu vermitteln sind.</p>		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Kurze Erläuterung: Aufgabenmehrung in der Reptilienauffangstation (steigende Tierzahl und lange Verwarzeiten wegen schwieriger Vermittelbarkeit von Reptilien)</p>		
2. Finanzielle Auswirkungen		
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024	
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €	

2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	500.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	100.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	0 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	0 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	100.000 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	--

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Geltend gemachter Bedarf

--	--	--	--

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja nein teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf 2. QE Bürgerbüro – Verkürzte Laufzeit Kinderreisepässe		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Bearbeitung von Anträgen zur Ausstellung von Kinderreisepässen, Verlängerung der Gültigkeit, Aktualisierung des Lichtbildes

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernahe Aufgabe

Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe

Kurze Begründung: Die Ausstellung von Kinderreisepässen, die Verlängerung der Gültigkeit und die Aktualisierung der Lichtbilder im Kinderreisepass gehören zu den Pflichtaufgaben der Pass- und Personalausweisbehörden.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung: Der Gesetzgeber hat angekündigt die Gültigkeitsdauer der Kinderreisepässe von derzeit sechs Jahren auf ein Jahr zu verkürzen. Auch die Verlängerung der Kinderreisepässe ist dann nur um ein Jahr möglich. Ab dem Jahr 2020 bis zum Jahr 2024 erfolgt deshalb eine wesentliche Steigerung der Fallzahlen, nach derzeitigen Berechnungen rund 30.000 jährlich.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die Arbeitsplätze **einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	4.117.600 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €

2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	164.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	150.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	14.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	5		2. QE
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	22		2. QE
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	199		2. QE

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird		

Büroflächenbedarf ausgelöst?
22 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Dokumentenprüfung		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Prüfung der vorgelegten Dokumente (Ausweisdokumente) auf Fälschungen		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Die Prüfung von Identitätsdokumenten ist eine Pflichtaufgabe die derzeit ausschließlich durch eine visuelle Erstprüfung vorgenommen wird. Die notwendigen Fachkenntnisse zum Erkennen eines Fälschungsverdachts werden in Schulungen durch die Polizei vermittelt.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Die Qualität der Fälschungen von Identitätsdokumenten und der dadurch entstehende Schaden steigt immer weiter. Eine visuelle Prüfung reicht nicht mehr aus um die Fälschungsmerkmale zu erkennen. Zukünftig werden deshalb sog. Dokumentenprüfgeräte (die auch von Polizei und Grenzschutz verwendet werden) in den Bürgerbüros eingesetzt. Neben den reinen Personalkosten fallen für die Arbeitsplätze einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen sowie die konsumtiven Arbeitsplatzkosten an.		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3.060.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	
2.2.1 Einzahlungen	Planjahr 2020
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €

2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	328.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	300.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	28.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	10	10	2. QE A8/E8
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	10	10	2. QE A8/E8
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja

nein

teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

7 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/3	betroffene Referate: KVR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR-II/32
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf der Ausländerbehörde infolge des BREXIT		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Nach dem Brexit müssen die in München gemeldeten britischen Staatsangehörigen in aufenthaltsrechtlicher Sicht vom Freizügigkeitsstatus in den entsprechenden Status nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) überführt werden.

In München leben derzeit 5.189 britische Staatsangehörige (Stand 08.01.2019). Einige dieser Personen leben mit drittstaatsangehörigen Personen – also Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und nicht die Staatsangehörigkeit eines EU- Mitgliedstaates besitzen – im Familienverbund.

Für die Ausländerbehörde bedeutet der anstehende Statuswechsel dieses Personenkreises, dass 5.189 Personen, die weit überwiegend bis jetzt überhaupt nicht in der Ausländerbehörde vorgespochen haben, zu Kund*innen werden, die dauerhaft ausländerrechtlich betreut werden müssen.

Hierbei handelt es sich im Ergebnis um Zusatzaufwand aufgrund gesetzlicher Änderungen.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Die ausländerrechtliche Betreuung von Drittstaatsangehörigen ist eine Pflichtaufgabe, die ihre gesetzliche Grundlage im Aufenthaltsgesetz (Bundesgesetz) hat. Da der Brexit nach derzeitigem Kenntnisstand auf Dauer angelegt ist, werden die in München lebenden britischen Staatsangehörigen auch dauerhaft entsprechend der Regelungen des Aufenthaltsgesetzes behandelt werden müssen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	--	--

Kurze Erläuterung:

Infolge des Brexit gelten für britische Staatsangehörige künftig nicht mehr die Regelungen des Freizügigkeitsgesetzes (FreizügG/EU), sondern des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Unionsbürger*innen fallen in den Anwendungsbereich des Freizügigkeitsgesetzes und bedürfen für die Einreise in das Bundesgebiet keines Visums sowie für den Aufenthalt keines Aufenthaltstitels (§ 2 Abs. 4 Satz 1 FreizügG/EU). Dementsprechend haben britische Staatsangehörige bislang auch nicht zur Beantragung eines Aufenthaltstitels in der Ausländerbehörde vorgespochen. Drittstaatsangehörige hingegen benötigen für den Aufenthalt im Bundesgebiet einen Aufenthaltstitel (§ 4 Abs. 1 Satz 1 AufenthG). Britische Staatsangehörige müssen nach dem Brexit folglich einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels stellen, über den die Ausländerbehörde zu entscheiden

hat. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen erteilt die Ausländerbehörde den jeweiligen Aufenthaltstitel.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die Arbeitsplätze **einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	740.000 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	905.400 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	740.000 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	740.000 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	273.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	70.200 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	195.000 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Geltend gemachter Bedarf			
Stellenmehrbedarf für das Planjahr	2,34	2,34	2 (A 9 / E9a)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	2,34	2,34	2 (A 9 / E 9a)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja

nein

teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/3	betroffene Referate: KVR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR-II/3Sts
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf in der Stabsstelle der Ausländerbehörde (Sachbearbeiter*in Recht)		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Sachbearbeiter*in Recht wird in der Stabsstelle folgende Aufgaben erfüllen:

- Verantwortliches Bearbeiten von Vorgängen mit juristischen Fragestellungen von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausländerbehörde durch Sondieren und Klären der Sachverhalte, ggf. Einholen weiterer notwendiger Stellungnahmen
- Juristisches Beurteilen und rechtliches Würdigen der Probleme von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausländerbehörde
- eigenständiges Entwickeln und Erarbeiten von Lösungsstrategien, ggf. Erarbeiten eines Entscheidungsvorschlags hinsichtlich des weiteren Vorgehens
- Erstellen von juristischen Schriftsätzen unter Beachtung des aktuellen Standes von Rechtsprechung, Literatur, Rechtsvorschriften und der städtischen Vorgaben für Verfahren ab der 2. Instanz
- Auswerten der einschlägigen Urteile und Fachliteratur
- Verfassen von juristischen Stellungnahmen und Textbeiträgen als Vorlagen für den Stadtrat, für Bezirksausschüsse, für Aufsichtsratssitzungen und Aufsichtsbehörden, etc.
- Führen der notwendigen Korrespondenz mit Fertigen der Antwortschreiben an Juristen/Juristinnen, Rechtsanwälte, externe Ansprechpartner (z. B. Bundespolizei, NGOs, Staatsanwaltschaft, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesministerien, Aufsichtsbehörden), etc.
- Wahrnehmen der Prozessvertretung vor Gerichten ab der 2. Instanz nach umfassender juristischer Prüfung der Sach- und Rechtslage, z. B. Klageerhebung, Erstellen der Klageerwidernung
- Prozessvorbereitung mit Erstellen von juristischen Schriftsätzen sowie Vorbereiten der mündlichen Verhandlungen
- Entwerfen von Handlungs- und Prozessstrategien
- Vertreten der Ausländerbehörde bei Terminen mit Rechtsanwälten/ Juristen auf der gegnerischen Seite
- rechtliches Prüfen der Erfolgsaussichten weiterer Rechtsmittel; ggf. Einschalten eines Rechtsanwalts für weitere Rechtsmittel- der Mitarbeiterinnen*innen, der Hauptabteilungsleitung und der Abteilungsleitung sowie Teilnahme an Besprechungen
- Beraten der Hauptabteilungs- und Abteilungsleitung sowie der Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde in allen juristischen Fragestellungen
- Teilnahme an Informationsveranstaltungen
- Teilnahme/ Durchführen und Leiten von in- und externen Verhandlungen aller Art mit unterschiedlichen Beteiligten, z. B. Rechtsanwälten, verschiedene Beschäftigte der Landeshauptstadt München- Diskussion und Festlegen des notwendigen, zweckmäßigen und praxistauglichen Inhalts von Formularen, Musterverträgen, Musterbescheiden, Individualverträgen, Satzungsentwürfen, etc.
- Erstellen einer eindeutigen, rechtssicheren Formulierung des gewünschten Inhalts im Rahmen der gesetzlich zulässigen Vorgaben

- Verfassen von Verträgen und Vertragsentwürfen (z. B. Verträge mit externen Partnern, Herstellern, etc.)
- Abstimmen der Vertragsentwürfe mit den Mitarbeiterinnen/ Mitarbeitern der betroffenen Bereiche bzw. Fachabteilungen
- Anpassen der Vertragsentwürfe an die Forderungen des Vertragspartners/der Vertragspartnerin und prüfen, inwieweit der gewünschte Inhalt juristisch zulässig ist. Vertreten der Belange der Dienststelle
- Erstellen von allgemeinen Vertragsmustern

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	--	---

Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>
--	---

Kurze Begründung:

Das Aufenthaltsgesetz ist ein Bundesgesetz.

Der rechtmäßige Vollzug des Aufenthaltsgesetzes ist eine Pflichtaufgabe der Ausländerbehörde, die auf Dauer besteht.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung:

In der Stabsstelle der Ausländerbehörde sind 1,7 VZÄ (A 13 / A 14) für die "Sachbearbeitung Recht" vorgesehen. 1 VZÄ entfällt auf die Leitungsposition der Stabsstelle, die restlichen 0,7 VZÄ sind ausschließlich für die Aufgabe "Sachbearbeitung Recht" vorgesehen. Die genannten Kapazitäten reichen nicht mehr aus, um den Aufgabenbereich "Sachbearbeitung Recht" vollständig abzudecken.

Das hat im Wesentlichen drei Ursachen:

Im Jahr 2017 wurde die Einbürgerungsstelle (nun KVR-II/34) in die Ausländerbehörde (KVR-II/3) eingegliedert. Die Stabsstelle der Ausländerbehörde übernimmt seither die vollständige Betreuung der Einbürgerungsstelle in rechtlichen Fragen. Zusätzlicher Aufwand im Bereich "Sachbearbeitung Recht" entsteht hier bei Verwaltungsgerichtsverfahren in 2. Instanz, die aufgrund ihrer grundsätzlichen Bedeutung teils im Revisionsverfahren vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden müssen. Eine Zuschaltung von Kapazitäten für den Aufgabenbereich "Sachbearbeitung Recht" ist mit der Eingliederung der Einbürgerungsstelle in die Ausländerbehörde bisher noch nicht erfolgt.

Seit dem 01.07.2018 hat die Leitung der Stabsstelle auch die Funktion der stellvertretenden Leitung der Ausländerbehörde inne. Die Stabsstellenleitung nimmt neben den mit der Leitungsposition verbundenen Führungsaufgaben auch sachbearbeitende Aufgaben aus dem Bereich "Sachbearbeitung Recht" wahr. Infolge der Übernahme der stellvertretenden Abteilungsleitung ist die Stabsstellenleitung jedoch mit einem zusätzlichen Aufgabenspektrum (zB Vertretung der Abteilungsleitung auf Terminen, Besprechungen, Vorträgen etc. sowie Abwesenheitsvertretung) betraut. Die hierfür erforderlichen Kapazitäten fehlen jedoch für die Erledigung der Aufgaben aus dem Bereich "Sachbearbeitung Recht". Eine Kompensation dieser Kapazitäten ist bisher nicht erfolgt.

Dynamik und Komplexität der Rechtsänderungen im Ausländerrecht nehmen immer weiter zu (vgl. aktuell "Fachkräfteeinwanderungsgesetz"). Seit dem Jahr 2016 gab es allein im Aufenthaltsgesetz und der Aufenthaltsverordnung 27 Gesetzesänderungen; hierbei noch nicht berücksichtigt sind Änderungen anderer, die Ausländerbehörde genauso betreffende Gesetze wie z.B. FreizügG/EU, Asylgesetz, Beschäftigungsverordnung.

Die Kapazitäten für die "Sachbearbeitung Recht" (0,7 VZÄ), die neben der Stabsstellenleitung

vorgehalten werden, sind großteils durch die Betreuung von Verwaltungsstreitverfahren in 2. Instanz gebunden, da mittlerweile gegen nahezu jede negative Entscheidung der Ausländerbehörde (zB Titelversagungen, Ausweisungsverfügungen) Klage erhoben wird. Die restlichen Kapazitäten dieser Stelle reichen aufgrund immer komplexer werdender Materie „Ausländerrecht“ nicht mehr aus, um vor allem aktuelle Gesetzesänderungen adäquat zu analysieren, zu bewerten und für die in der Vollzugspraxis tätigen Kolleg*innen der Ausländerbehörde aufzubereiten und erforderlichenfalls auch zu schulen.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für den Arbeitsplatz **einmalig ein Bedarf für die Büroausstattung** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €
3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1	0	4 (A13 / A14)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1	0	4 (A13 / A14)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0,7	0	4 (A13 / A14)

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/4 und HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR-II/4
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Umsetzung des Infrastrukturabgabengesetzes (InfrAG) - Personalbedarf		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Zum 01.10.2020 soll die Infrastrukturabgabe (PKW-Maut) erhoben werden. Hierfür sind zur Erfassung des erforderlichen (zusätzlichen) SEPA-Mandates die Zulassungsbehörden vorgesehen. Für die Umsetzung ist als weitere Aufgabe das sog. Halterdatenkorrekturverfahren vorgesehen, welches dem Erhebungsstart vorgeschaltet werden muss/soll.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Zuständigkeit der Zulassungsbehörde aufgrund des Infrastrukturabgabengesetzes.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Bei jedem Zulassungsvorgang muss ein zusätzliches SEPA-Mandat entgegengenommen, geprüft, erfasst und übermittelt werden. Um die Maut erheben zu können müssen im Vorfeld die Halterdaten überprüft und ggf. von den Zulassungsbehörden korrigiert werden.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	892.500 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.158.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	178.500 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €

2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	178.500 €
2.2.2 Auszahlungen	492.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	450.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	42.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	15	10 (für die zweite Aufgabe=Halterdatenkorrekturverfahren)	QE2, VD A8/E8
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	5		QE2, VD A8/E8
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

15 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/4, HAII 41 und HA II/44	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: Frau Dr. Wehr
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde - Stabstelle		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Steuerungsunterstützung der Abteilungsleiterin, Bearbeitung von Grundsatzaufgaben und Recherchen, Aufbau eines qualifizierten Wissensmanagement (sowohl in der Fahrerlaubnisbehörde als auch in der Zulassung) Bearbeitung von Stadtratsanfragen, Anfragen des Deutschen Städtetags usw.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung: Die Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde der Landeshauptstadt München verfügt mittlerweile über mehr als 280 VzÄ, sie ist die größte zentrale Behörde ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland, sie ist beratende Behörde für das Bay. Innenministerium und in Gremien des Deutschen Städtetags vertreten. Bisher gibt es keine einzige Stabsstelle in der Behörde.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die Arbeitsplätze einmalig **Bedarfe für die Büroausstattungen** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	918.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €

2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	98.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	90.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3		3. QE, VD A11/E10
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3		3. QE, VD A11/E10
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0	0	0

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja

nein

teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

3 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/L	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR II/L
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Einsatz von Springern – Schaffung einer Leitungsstelle		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Hauptabteilung II - Bürgerangelegenheiten plant den Einsatz einer hauptabteilungsweit einsetzbaren Springergruppe zur Abdeckung von Spitzenbelastungen und Sonderaufgaben in den einzelnen Bereichen. Die für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Gruppe benötigten Stellen sollen nach derzeitiger Überlegung - entsprechend der Entlastung durch die Springergruppe - aus den Fachbereichen herangezogen werden. Für die fachliche, personelle und vor allem organisatorische Leitung ist eine Leitungsstelle erforderlich. Die organisatorische Anbindung der Stelle innerhalb der Hauptabteilung II muss noch festgelegt werden.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Durch die Einführung einer Springergruppe sollen die Abteilungen in den Spitzenzeiten bzw. bei der Bewältigung von Sonderaufgaben entlastet werden, so dass das Tagesgeschäft besser zu bewältigen ist. Bei den Aufgaben handelt es sich um Pflichtaufgaben der einzelnen Abteilungen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Es besteht hinsichtlich der erforderlichen - teilweise kurzfristigen - Einteilung der Dienstkräfte und der unterschiedlichen Einsatzorte ein hoher Koordinierungsaufwand. Zudem wird auf Grund der zu bearbeitenden rechtlichen Themengebiete ein zusätzlicher Schulungs- und Betreuungsaufwand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Springergruppe erforderlich.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für den **Arbeitsplatz ein einmaliger Bedarf** für die Büroausstattung sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €

2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1 (Leitungsstelle)		3.QE A10 / E9c
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1 (Leitungsstelle)		3.QE A10 / E9c
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats

untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 1 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/L	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Steuerungsunterstützung HA II/L		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

- Bearbeitung von Sonderthemen besonderer Bedeutung im Auftrag der Hauptabteilungsleitung
- Austausch mit den Abteilungen der HA II und anderen Dienststellen
- Mitarbeit in Projekten und Gremien
- Laufende Überprüfung und Anpassung der Verwaltungsorganisation – und prozesse Identifizierung etwaiger Schwachstellen, Probleme und Handlungs- und Abstimmungsbedarfe
- Bearbeitung von abteilungsübergreifenden Themen innerhalb der Hauptabteilung II
- Analyse und Evaluierung der in den Pilotphasen befindlichen Modellen der einzelnen Fachbereiche in Bezug auf Online-Terminvereinbarung und des Onlinedienstleistungsangebots
- Erstellen von Konzepten, Entwicklung von Lösungs- /Verbesserungsvorschlägen in Abstimmung mit den Abteilungen, Erarbeiten von Handlungsleitfäden
- Unterstützung der Abteilungen der HA II und Koordinierung bei der Meldung der Kennzahlen sowie der Meldungen für das MIP im Hinblick auf abteilungsübergreifende Auswirkungen
- Auswertung der von den Abteilungen geführten Controllingblätter im Hinblick auf Auffälligkeiten und ggf. akutem Handlungsbedarf
- Fertigung von Beschlussvorlagen und Beantwortung von Stadtratsanfragen; Unterstützung der Abteilungen bei der Erstellung von Beschlussvorlagen und Stadtratsanfragen

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Die Aufgaben im Rahmen der Steuerungsunterstützung HA II/L sollen zur Optimierung der abteilungsübergreifenden Arbeitsabläufe und damit zu einem verbesserten und abgestimmteren Serviceangebot für die Bürger*innen führen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Anlass ist die Zusammenlegung aller großen Parteiverkehrsbereiche des Kreisverwaltungsreferates in eine große Hauptabteilung mit über 1000 Mitarbeiter*innen und jährlich über 1,5 Mio Kundenkontakten. Stringente und aufeinander abgestimmte, schnittstellenübergreifende Verwaltungsabläufe beim Bürgerservice sind dabei für eine funktionierende Stadtgesellschaft und damit auch für die Attraktivität der Landeshauptstadt München erforderlich. Die Verwaltungsorganisation und – prozesse bedürfen daher einer laufenden Überprüfung und ggf. Anpassung.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für den Arbeitsplatz einmalig ein **Bedarf für die Büroausstattung** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0	0	3. QE A12
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,0	0	3. QE A12

4. Geltend gemachter Bedarf			
Gesamtzeitraum			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0	0	

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 1 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/12	betroffene Referate: KVR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf 3. QE Standesamt München-Pasing		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Beurkunden von Geburten im Geburtenregister; Durchführung von Eheanmeldeverfahren; anlassbezogene Nacherfassung von Papierregistern in das Zentrale Elektronische Register (ZEPR); Ausbildung von Nachwuchskräften; Leitungskapazität zur Leitung des Standesamts München-Pasing;		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Das Beurkunden der Geburten von neugeborenen Kindern sowie die Durchführung von Eheanmeldeverfahren zur Feststellung der Ehefähigkeit sind Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis der Gemeinden (§§ 18 bis 26 und §§ 11 bis 15 Personenstandgesetz (PStG)), die dauerhaft durchzuführen sind. Die Eltern neugeborener Kinder sind auf eine zeitnahe Ausstellung entsprechender Geburtsurkunden angewiesen, um Sozialleistungen, wie beispielsweise Kindergeld und Elterngeld, beantragen zu können. Personen, die einander heiraten wollen, haben ein Anrecht auf eine zügige Prüfung ihrer Ehevoraussetzungen sowie auf eine anschließende Terminvereinbarung zur Durchführung ihrer Trauung beim Standesamt München-Pasing. Es ist zweckmäßig, die vor 2009 in Papierform erstellten Personenstandsregister wie im Standesamt München anlassbezogen im ZEPR manuell elektronisch nach zu erfassen, um die Vorteile der elektronischen Registerführung für Kundinnen und Kunden sowie staatlichen Stellen auch für diese personenstandsrechtlichen Beurkundungen zu ermöglichen. Durch die Schaffung einer Ausbildungskapazität soll auch beim Standesamt München-Pasing die Voraussetzung für die praktische Ausbildung von Nachwuchskräften geschaffen werden. Durch eine Erhöhung der Leitungskapazität der Standesamtsleitung soll diese von der Sachbearbeitung entlastet und somit die Führungsqualität verbessert werden.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Das Standesamt München Pasing hat in den letzten Jahren eine signifikante Fallzahlensteigerung bei den Geburtsbeurkundungen neugeborener Kinder sowie bei den Anmeldeverfahren für Eheschließungen zu verzeichnen. So stieg die Zahl der Geburtsbeurkundung neugeborener Kinder von 1.140 im Jahr 2010 auf 1.858 im Jahr 2018. Bei den Eheanmeldeverfahren war im gleichen Zeitraum ein Anstieg von 655 auf 805 zu verzeichnen. Es ist zweckmäßig, die vor 2009 in Papierform erstellten Personenstandsregister wie im Standesamt München anlassbezogen im ZEPR manuell elektronisch nach zu erfassen, um die Vorteile der elektronischen Registerführung für Kundinnen und Kunden sowie staatlichen Stellen auch für diese personenstandsrechtlichen Beurkundungen zu ermöglichen. Durch die Schaffung einer Ausbildungskapazität soll auch beim Standesamt München-Pasing die Voraussetzung für die praktische Ausbildung von Nachwuchskräften geschaffen werden. Durch eine Erhöhung der Leitungskapazität der Standesamtsleitung soll diese von der		

Sachbearbeitung entlastet und somit die Führungsqualität verbessert werden.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die **zusätzlichen 2 Arbeitsplätze** einmalige Bedarfe für die Büroausstattung sowie **konsumtive Arbeitsplatzkosten** an. Zudem wird für die Ausbildung zum Standesbeamten / zur Standesbeamtin, die an der Akademie für Personenstands-wesen in Bad Salzschlirf durchgeführt werden muss, je Mitarbeiterin/Mitarbeiter ein einmaliger Betrag von 1.800 € (Lehrgangs- und Reisekosten) benötigt. Bei zwei „neuen“ Standesbeamtinnen/Standes-beamten fallen somit **Kosten in Höhe von 3.600 €** an.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	798.600 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	89.700 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	77.700 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	3.600 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €
3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,21 VZÄ für Beurkundungen der Geburt neugeborener Kinder	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,31 VZÄ für Durchführung von Eheanmeldeverfahren	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,62 VZÄ für anlassbezogene Nacherfassung von Papierregistern in das ZEPR	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,15 VZÄ zusätzliche Ausbildungskapazität	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,30 VZÄ zusätzliche Leitungskapazität	0	QE 3, A12/E11, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1,21 VZÄ für Beurkundungen der Geburt neugeborener Kinder	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,31 VZÄ für Durchführung von Eheanmeldeverfahren	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0,62 VZÄ für anlassbezogene Nacherfassung von Papierregistern in das ZEPR		QE 3, A10/E9c, VD
	0,15 VZÄ zusätzliche Ausbildungskapazität		QE 3, A10/E9c, VD
	0,30 VZÄ zusätzliche Leitungskapazität		QE 3, A12/E11, VD
bereits für die Aufgaben eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1 VZÄ für Beurkundungen der Geburt neugeborener Kinder	0	QE 3, A10/E9c, VD
	1 VZÄ für Durchführung von Eheanmeldeverfahren	0	QE 3, A10/E9c, VD
	0 VZÄ für anlassbezogene Nacherfassung von Papierregistern in		QE 3, A10/E9c, VD

4. Geltend gemachter Bedarf			
	das ZEPR		
	0 VZÄ Ausbildungs- kapazität		QE 3, A10/E9c, VD
	0,6 VZÄ Leitungskapazität	0	QE 3, A12/E11, VD

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 3 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/44	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: II/44
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Pflichtumtausch Führerschein		

1. Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Aufgrund unionsrechtlicher Vorgaben (Art. 3 Abs. 3 der Richtlinie 2006/126/ EG des Rates und des europäischen Parlaments vom 20.12.2006) und der Umsetzung durch die Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung u. anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (Art. 1 Nr. 7a FeVÄndVO) wird für alle bis 18.01.2013 ausgegebenen Führerscheine (alte Papiermuster sowie die unbefristeten Kartenführerscheine) ein Zwangsumtauschverfahren eingeführt. Bis 19.01.2033 soll es danach im Bundesgebiet nur noch auf 15 Jahre befristete Kartenführerscheine geben.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Bisher gab es keine allgemeine Verpflichtung alte Papierführerscheine und unbefristete Kartenführerscheine in einen 15 Jahre befristeten Kartenführerschein zu tauschen. Der Zwangsumtausch der Papierführerscheine (ausgegeben bis 31.12.1998) soll in mehreren Stufen bis zum 19.01.2025 nach Geburtsjahren der Inhaberinnen und Inhaber gestaffelt erfolgen (Geburtsjahrgänge vor 1953, von 1953 – 1958, von 1959 – 1964, von 1965 – 1970 und ab 1970). Die ab 01.01.1999 und bis 18.01.2013 unbefristet ausgestellten Kartenführerscheine müssen nach dem Ausstellungsjahr, beginnend ab 19.01.2026 in einen befristet gültigen Kartenführerschein getauscht werden. Der gesamte Zwangsumtausch muss am 19.01.2033 abgeschlossen sein.

Bei Zuschaltung der erforderlichen SachbearbeiterInnen wird auch eine zusätzliche Teamleitung/Führungskraft erforderlich, da die Führungsspanne sonst deutliche überschritten würde.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die Arbeitsplätze **einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, dass zur Koordination der gestaffelte Umtauschaktion ein Haushaltsanschreiben mit Informationen an die in München lebenden FührerscheininhaberInnen erfolgen soll. Es wird zusätzlichen Kosten von **280.000 €** gerechnet (= 400.000 Anschreiben zu je 0,70 Cent)

2. Finanzielle Auswirkungen**2.1 Zahlungen gesamt****2020 - 2024**

2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv

2.056.776 €

2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	8.542.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	411.336 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	411.336 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	1.165.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	810.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	280.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	75.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt? Derzeit findet noch die Abstimmung mit POR-P 3.21 statt.	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	25	0	2, VD A8/E8
	2	0	2, VD A9+Z/ E9A
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	25	0	2, VD A8/E8
	2	0	2, VD A9+Z/ E9A
bereits für die Aufgabe	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Geltend gemachter Bedarf			
eingesetzt	0	0	

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 25 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/42 und HA II/43	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR-II/4
Arbeitstitel geplanter Beschluss: WLTP-Verfahren (zusätzliche Datenerfassung Kfz-Zulassung)		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Aufgrund der Einführung eines neuen Bemessungsverfahrens der Abgaswerte für Kraftfahrzeuge zum 01.09.2018 müssen in den Zulassungsbehörden die zusätzlichen (11 relevanten) Werte manuell aus dem COC-Papier herausgefiltert, in das Verfahren eingegeben und archiviert werden.		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Bisher ist weder eine gesetzliche Grundlage vorhanden, noch in Sicht, dass in den nächsten Jahren diese Daten (auf freiwilliger Basis der Hersteller) automatisch abrufbar werden. Die gesetzliche Grundlage zur Erhebung der Daten ergibt sich aus §30 Abs. 1 Nr. 29 FZV in Verbindung mit den zugehörigen dort genannten EU-Richtlinien.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Aufgrund der Gesetzesänderung müssen zusätzliche Werte manuell erfasst werden. s. Punkt 1.1 Bei Zuschaltung der erforderlichen SachbearbeiterInnen wird auch eine zusätzliche Teamleitung/Führungskraft erforderlich, da die Führungsspanne sonst deutlich überschritten würde. Neben den reinen Personalkosten fallen für die Arbeitsplätze einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen sowie die konsumtiven Arbeitsplatzkosten an.		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.142.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €

2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	229.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	210.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	19.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6		QE2, VD A8/E8
	1		QE2, VD A9/E9A
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6		QE2, VD A8/E8
	1		QE2, VD A9/E9A
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

7 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art: --

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:---

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalausstattung Bürgerbüro		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Sachbearbeitung der Dienstleistungen im Bürgerbüro		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung:		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Kurze Erläuterung: Die Bürgerbüros sind seit 14.01.2019 alle auf die Terminvereinbarung umgestiegen. Die Auswertungen lassen den Schluss zu, dass die Stellenausstattung nicht ausreichend bemessen ist. Die Ausbuchung der lang- und mittelfristigen Online-Termine beträgt aktuell über 10 Wochen. Die täglich kurzfristig zur Verfügung gestellten Online- und Spontantermine reichen nicht aus um alle Terminwünsche an gleichen Tag zu bedienen. Aus einer Kapazitätsberechnung ergibt sich, dass wesentlich mehr Mitarbeiter/innen tatsächlich anwesend sein müssten, um die Anzahl der Kunden/innen innerhalb der Parteiverkehrszeiten zu bearbeiten.</p> <p>Neben den reinen Personalkosten fallen für die Arbeitsplätze einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen sowie die konsumtiven Arbeitsplatzkosten an.</p>		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	18.972.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €

2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	2.033.600 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	1.860.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	173.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	56	56	2. QE
	6	6	3. QE
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	199		2 + 3 QE

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

ja

nein

teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

62 VZÄ

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: HAII/2
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Einstellungspool 2.QE		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Sachbearbeitung der Dienstleistungen im Bürgerbüro		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Das Personal des Einarbeitungspool steht – sobald Stellen unbesetzt sind – als Stellenersatz zur Verfügung und unterstützt somit bei der Aufgabenerfüllung des Dienstleistungsangebots des Bürgerbüros.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
<p>Kurze Erläuterung:</p> <p>Die Fluktuation im Bürgerbüro ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch (2017: 22,8%, 2018: 19,3%). Auch wenn es gelingt, durch externe Ausschreibungen regelmäßig neues Personal zu gewinnen, ist im Zuge gleichzeitiger Fluktuation, aber auch aufgrund von Absagen von Bewerberinnen und Bewerbern während des Einstellungsverfahrens bislang zu keinem Zeitpunkt eine 100%-ige Besetzung der laut Stellenbemessung gerechtfertigten Stellen zu erreichen. Gemäß der Controllingberichte der letzten Jahre liegt die Besetzungsquote trotz intensiver Personalgewinnungsmaßnahmen bei unter 90%. Eine der Ursachen hierfür liegt in dem Umstand, dass Einstellungsverfahren für konkrete Stellen erfolgen müssen, andererseits jedoch zwischen Zusage nach der Auswahlrunde und tatsächlichem Dienstantritt der neuen Dienstkraft eine lange Zeitspanne vergeht.</p> <p>Um die Möglichkeit zu erhalten, regelmäßig Einstellungsverfahren für neues Personal starten zu können, das zum Ende des Verfahrens unmittelbar oder zeitnah auf eine frei werdende Stelle einrückt, werden 10 Stellen für einen Einstellungspool beantragt.</p> <p>Die Anmeldung des Bedarfes erfolgt vorsorglich unter der Prämisse, dass zwischen dem KVR und dem POR keine andere Lösung als eine Ausweitung des Stellenplans gefunden wird. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass durch die Stellenmehrung für einen Einstellungspool nur ein Bruchteil der Personalkosten auf den Stellen tatsächlich anfällt. Außerdem werden keine zusätzlichen Arbeitsplätze benötigt.</p> <p>Im Hinblick auf eine Evaluierung der Fluktuationen im Bürgerbüro und der durch diese Maßnahmen angestrebten Effekte, sollen die Stellen für den Einstellungspool zunächst für zwei Jahre befristet werden. Die Einarbeitung dieser Personen soll gemäß dem Einarbeitungskonzept zentral erfolgen.</p>		
2. Finanzielle Auswirkungen		

2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	1.200.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	300.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	300.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	0 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	10	10	2 QE, A8/E8
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	10	10	2 QE, A8/E8

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0	0	

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA II/2	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Dokumentenprüfung - Sondersachbearbeitung		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Übernahme der Sachbearbeitung bei einem Fälschungsverdacht vorgelegter Dokumente/Urkunden. Intensiv-Prüfung der vorgelegten Dokumente (Ausweisdokumente, Wohnungsgeberbestätigungen, Urkunden), Koordinieren der Polizeieinsätze, Überprüfung von Anwesen bei Verdachtsmomenten auf Scheinmeldungen/Überbelegungen/Zweckentfremdung von Wohnraum

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Die Prüfung von Identitätsdokumenten ist eine Pflichtaufgabe die derzeit ausschließlich durch eine visuelle Erstprüfung vorgenommen wird. Die notwendigen Fachkenntnisse zum Erkennen eines Fälschungsverdachts werden in Schulungen durch die Polizei vermittelt. Stellen die Sachbearbeiter bei der Erstprüfung einen Fälschungsverdacht fest, muss die weitere Sachbearbeitung aus Gründen der Sicherheit und Außenwirkung außerhalb des Parteiverkehrsbereichs erfolgen. Durch neue gesetzliche Bestimmungen und städtische Festlegungen (Zweckentfremdungssatzung) ist die Prüfung von Wohnungsanmeldungen bei Verdachtsmomenten (siehe oben) erheblich aufwändiger.

Neben den reinen **Personalkosten** fallen für die Arbeitsplätze **einmalig Bedarfe für die Büroausstattungen** sowie die **konsumtiven Arbeitsplatzkosten** an.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung: Die Prüfung von Dokumenten erfolgt im Rahmen der persönlichen Vorsprachen. Wenn dabei ein Fälschungsverdacht festgestellt wird, muss die weitere Bearbeitung außerhalb der Kundenbereiche vorgenommen werden. Die Qualität der Fälschungen steigt kontinuierlich. Eine visuelle Prüfung reicht in vielen Fällen nicht aus. Das KVR wird deshalb Dokumentenprüfgeräte einführen, um die Identitätsprüfung der vorsprechenden Personen zu verbessern. Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen ist die Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnungen erheblich gestiegen. Die Prüfung der Zweckentfremdung von Wohnungen bei Auffälligkeiten ist aufwändig und im Zusammenwirken mit anderen städtischen Stellen durchzuführen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	988.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €

2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	112.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	90.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	14.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3	3	2. QE
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

 ja nein teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:

Höhe in %:

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:

Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA-II/3	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf 2. QE im Sachgebiet 325, Arbeitsgruppe internationale Studierende, Wissenschaftler und Arbeitsgruppe Service-Center für internationale Fachkräfte der Ausländerbehörde		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die in der Arbeitsgruppe internationale Studierende, Wissenschaftler und in der Arbeitsgruppe Service-Center für internationale Fachkräfte tätigen Kolleg*innen erfüllen folgende Aufgaben:

- Beratung und/oder Ersterteilung von Aufenthaltserlaubnissen
- Beratung und/oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen
- Prüfen und Umsetzung der Anforderung zur Integrationsförderung
- Übertrag (z.B. bei Ablauf des bisherigen und Beschaffung des neuen Nationalpasses)
- Beratung und/oder Erteilung von unbefristeter Aufenthaltstiteln
- Beratung/Erteilung endgültiger Reiseausweise
- Beratung/Aushändigung vorläufiger Reiseausweise
- Auflagenänderung
- Entgegennahme von Verpflichtungserklärungen zum Familiennachzug
- Bescheinigung (§ 51 und Sonstige)
- sonstige Vorsprachen (alle oben nicht abgedeckten Tätigkeiten)

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Die in der Arbeitsgruppe internationale Studierende, Wissenschaftler und in der Arbeitsgruppe Service-Center für internationale Fachkräfte stattfindende ausländerrechtliche Betreuung, ist eine Pflichtaufgabe, die ihre gesetzliche Grundlage im AufenthG (Bundesgesetz) hat.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Ergebnisse der qualifizierten Kundenzählung (Bemessungszeitraum 01.10.2018-19.10.2018) in der Arbeitsgruppe Internationale Studierende, Wissenschaftler und in der Arbeitsgruppe Service-Center für Internationale Fach- und Führungskräfte.

Auf Grundlage der mit GL und dem POR abgestimmten Evaluationsmethode durchgeführten Bemessungen haben einen Personalmehrbedarf von 5,53 VZÄ in der Arbeitsgruppe Internationale Studierende, Wissenschaftler und 10,55 VZÄ in der Arbeitsgruppe Internationale Fachkräfte ergeben. Aufgrund des Personalbedarfs in der Arbeitsgruppe internationale Fachkräfte von 10,55 VZÄ ist zudem eine weitere Teamleiterposition (Führungsstelle) einzurichten.

--

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	5.226.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	560.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	512.400 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	47.600 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	16,08 VZÄ		2, (A 9 / E9a)
	1 VZÄ		3, (A10 / E9c)

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	16,08 VZÄ		2, (A 9 / E 9a)
	1 VZÄ		3, (A 10 / E 9c)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	38 VZÄ		2,3,4

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 17 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/1	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stellenbedarf Bezirksinspektionen im Bereich Grundsatzabteilung und Lebensmittelüberwachung		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Aufgabe der Lebensmittelüberwachung ist die Ausführung und Überwachung lebensmittelrechtlicher Vorschriften für kosmetische Mittel, Bedarfsgegenstände, Tabakerzeugnisse und freiverkäufliche Arzneimittel zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in München vor Gesundheitsgefahren und Täuschung (Kontrollen, Probeentnahmen, Maßnahmen, Dokumentation).

Der Grundsatzbereich LMÜ ist verantwortlich für die fachliche und organisatorische Leitung der Lebensmittelüberwachung in München. Insbesondere: Zentrale Steuerung und Koordinierung des Fachbereiches LMÜ, Auswertung und Umsetzung rechtlicher Vorgaben und Weisungen, Klären allgemeiner lebensmittelrechtlicher Fragen der Lebensmittelkontrolleure, Erstellen von Mustern, Aufbau und Weiterentwicklung des webbasierten „Wiki“ der LMÜ, fallbezogene Sachbearbeitung bei bezirksübergreifender oder grundsätzlicher Bedeutung, allgemeine lebensmittelrechtliche Beratung von Verbrauchern und Gewerbetreibenden sowie Beantwortung allgemeiner Anfragen, Bearbeitung von Anfragen nach dem Verbraucherinformationsgesetz, Koordinierung des Fachprogramms „Tizian“. Bearbeitung von Meldungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Pflichtaufgabe gem. Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) i.V.m. Art. 3 Abs. 1 Nr. 3, Art. 4 Abs. 1 Satz 1, Art. 1 Abs. 2 Nr. 4, Art. 21 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG). Alle Aufgaben der Lebensmittelüberwachung sind Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis. Die Tätigkeiten zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren und Täuschung sind weitgehend durch Europarecht geregelt und verpflichtend sowie dauerhaft durchzuführen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung:

Um die Aufgaben an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen der Lebensmittelüberwachung anzupassen, war eine organisatorische Umstrukturierung erforderlich. Durch die Übertragung von Führungsaufgaben bzw. Sonderaufgaben sowie teilweise doppelt besetzte Kontrollen („4-Augen-Prinzip“), ergibt sich beim Kontrollpersonal der Lebensmittelüberwachung ein zusätzlicher Stellenbedarf. Die doppelt besetzten Kontrollen sind u. a. auch aus Sicherheitsgründen erforderlich

(Gefährdungsbeurteilung).

Die Aufgaben der Lebensmittelüberwachung sind ständigen Veränderungen unterworfen. Komplexe rechtliche Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene, neuartige Lebensmittelkonzepte, sowie die Ausweitung der Kontrollaufgaben und Dokumentationspflichten sowie ein Anstieg der Europäischen Schnellwarnmeldungen ziehen erheblichen Steuerungs- und Koordinierungsaufwand nach sich. Aufgrund verstärkter Anfragen von Aufsichtsbehörden, Presse und Verbrauchern bzw. Verbraucherverbänden sind aufwendige Ermittlungen mit erheblichem Verwaltungsaufwand durchzuführen.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.820.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	304.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	276.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	28.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	9,2 VZÄ		3. QE: 1,0 VZÄ A11 (VD)
			3. QE: 0,5 VZÄ A10 (VD)
			2. QE: 7,7 VZÄ A9 (TD)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? Für den Stellenbedarf bei den Bezirksinspektionen wird zusätzlicher Raumbedarf entstehen, je nach Standort ist möglicherweise auch eine Unterbringung in den vorhandenen Büroflächen möglich. Der Stellenbedarf für den Grundsatzbereich löst keinen zusätzlichen Anmietbedarf aus. Der erforderliche Arbeitsplatz kann in den vorhandenen Büroflächen untergebracht werden.		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/1	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stellenbedarf Bezirksinspektionen im Bereich Vorzimmer der Abteilungsleitung		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Vorzimmer der Abteilungsleitung mit Personalverwaltung, Terminkoordination, Postverteilung, etc.		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: keine Befristung da es sich um eine Aufgabe des laufenden Geschäftes handelt.		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Kurze Erläuterung: Seit 01.01.2019 wurde die Abteilungsleitung in Personalunion mit der Hauptabteilungsleitung ausgeführt. Ab 01.10.2019 erfolgt die Auflösung der Personalunion, ein neuer Abteilungsleiter für KVR-III/1 (bisher KVR-I/3) wird eingesetzt. Die Mitarbeiterinnen des bisherigen Vorzimmers III-1 wechseln mit dem neuen Hauptabteilungsleiter nach III-L. Ein Vorzimmer III-1 besteht ab diesem Zeitpunkt nach derzeitigem Stand dann nicht mehr.		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €

2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		2. QE: 1,0 VZÄ E6/A7 (VD)
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		2. QE: 1,0 VZÄ E6/A7 (VD)
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/1	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stellenbedarf Bezirksinspektionen im Bereich Grundsatzabteilung-Sondernutzungen		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Der Grundsatzbereich-Sondernutzungen leistet zum einen zentrale Grundsatzarbeit auf dem Gebiet des Sondernutzungsrechts und zum anderen verfahrensorientierte, rechtliche und fachliche Grundsatzarbeit für die Arbeit der fünf Münchner Bezirksinspektionen. In Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, Öffentlichkeitswirksamkeit oder Dringlichkeit erfolgt eine zentrale Sachbearbeitung in speziellen Einzelfällen.

Insbesondere erfolgt hier die zentrale Steuerung und Koordinierung des Fachbereichs Sondernutzung, Auswertung und Umsetzung rechtlicher Vorgaben und Weisungen, Klären allgemeiner sondernutzungsrechtlicher Fragen der Sondernutzungskontrolleurinnen und -kontrolleure, Erstellen von Mustern, Aufbau und Weiterentwicklung des webbasierten „wiki“ der Sondernutzung, fallbezogene Sachbearbeitung bezirksübergreifender oder grundsätzlicher Bedeutung, Koordinierung zwischen verschiedenen Dienststellen, Referaten und Interessenverbänden. Koordinierung der verschiedenen Fachprogramme, sowie Teilnahme an sondernutzungsrelevanten Projekten.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Pflichtaufgabe gem. Art 9 Abs. 11 Gemeindeordnung (GO) i.V.m. Art. 18 BayStrWG.

Die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis der Straßenbaubehörde, in Ortsdurchfahrten der Erlaubnis der Gemeinde, wenn durch die Benutzung der Gemeingebrauch beeinträchtigt werden kann. Dies ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dauerhaft notwendig.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Aufgrund der stetig wachsenden Aufgaben, des steigenden termindrucks und immer neuen Begehrlichkeiten, was den öffentl. Raum anbelangt, kann die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs nicht länger durch die bereits vorhandene VZÄ garantiert werden. Nicht zuletzt besteht in der derzeitigen Konstellation keine Vertretungsmöglichkeit; eine Umorganisation im Sachgebiet scheidet ebenfalls aus. In den letzten Jahren neu hinzu gekommene Aufgaben, wie die Mitarbeit in diversen Sondernutzungs- und it-Projekten, Genehmigungen von politisch geprägten Sondernutzungen, wie z.B. Gedenkstelen, sowie Werbeaktionen im herausgehobenen Interesse der Landeshauptstadt München, Fertigen termingebundener Stadtrats- und Bezirksausschussvorlagen erfordern die dauerhafte Einrichtung dieser Stelle.

--

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	306.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	32.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	30.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	2.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		3. QE, A 11

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		3. QE, A11

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/23	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR-III/23
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalbedarf im Taxibüro		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Unterabteilung Gewerblicher Kraftverkehr im Kreisverwaltungsreferat ist Aufsichts- und Genehmigungsbehörde für Personenbeförderungen im Gelegenheitsverkehr mit Personenkraftwagen (Taxi, Mietwagen, Ausflugsfahrten und Ferienzielreisen), in der Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen deren zulässiges Gesamtgewicht, einschl. Anhänger, 3,5t übersteigt und in der Krankenbeförderung und Notfallrettung. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die technische Aufsicht in der freigestellten Schüler-, Kindergarten-, und Behindertenbeförderungen im Pkw- und Omnibus-Bereich sowie in den Personenbeförderungsunternehmen, welche Personen mit Kraftomnibussen (KOM) befördern und eine Genehmigung von der Regierung von Oberbayern hierfür erhalten haben, sofern sich deren Betriebssitz in der Landeshauptstadt München befindet.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Bei den Aufgaben handelt es sich ausschließlich um Pflichtaufgaben. Deren Aufgabenerledigung ist bürgernah, da die Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern mit Beförderungsleistungen Auswirkungen auf deren eigene Mobilität haben. Ferner werden durch die aufsichtlichen und genehmigungsrechtlichen Maßnahmen unzuverlässige Gewerbetreibende identifiziert und von der Gewerbeausübung ausgeschlossen sowie eine sichere Personenbeförderung gewährleistet. Auch ist eine Sicherstellung von rettungsdienstlichen Leistungen für die Landeshauptstadt München sowie den Landkreis München von elementarer Bedeutung. Die Wahrnehmung der technischen Aufsicht in der freigestellten Schüler-, Kindergartenkinder- und Behindertenbeförderung sowie den Gelegenheitsverkehren im KOM-Bereich ist zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben der Fahrgäste und der übrigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Interesse der Öffentlichkeit.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Der Bereich des Personenbeförderungsgewerbes ist im Gebiet der Landeshauptstadt München seit Jahren unter Druck. Neben der, durch Gutachter bestätigten, Schiefelage in der Funktionsfähigkeit des Münchner Taxigewerbes hat der kraft Gesetz geschützte Taximarkt mit einem stark wachsenden Mietwagenmarkt in München und dem Münchner Umland zu kämpfen. Daneben ist die Unterabteilung KVR III/23 schon seit Jahren nicht in der Lage ihre Aufgabe als technische Aufsicht in der freigestellten Schüler- Kindergarten- und Behindertenbeförderung nachzukommen. Gleiches gilt für die von der Regierung von Oberbayern ausgestellten Genehmigungen im Busbereich. Auch hier liegt die technische Aufsicht bei der Landeshauptstadt München. Bis Mitte 2018 hatte die Unterabteilung keinen Zugang zu verlässlichen Unternehmensdaten, die eine effektive Arbeit ermöglicht hätten. All

das hat Auswirkungen auf die Arbeit im Genehmigungsbereich. Diese Darstellung spiegelt sich in den aufgeführten angestiegenen Leistungskennzahlen der Unterabteilung wieder. Aufgrund der Erkenntnisse aus den intensiveren Aufsichtsmaßnahmen ergeben sich steigende Zahlen auch hinsichtlich von Negativmaßnahmen im Nachgang einer solchen Betriebsprüfung. Sollte 2017 noch davon ausgegangen worden sein, dass der Kontrolldienst auch Aufgaben der technischen Aufsicht wahrnehmen könnte, haben die Erfahrungen gezeigt, dass die Betriebsprüfungen samt Nacharbeiten schon jetzt dazu führen, dass nicht alle Prüfungen in einem Monat durchgeführt werden können. Die offenen anlassbezogenen Betriebsprüfungen sind darüber hinaus weiterhin im dreistelligen Bereich.

Die eingetretene Schiefelage in der Funktionsfähigkeit des Münchner Taxigewerbes ist zudem Auslöser für qualitative Steigerung in der Sachbearbeitung im Genehmigungsbereich wie eben auch im Kontrolldienst. Diese qualitative Steigerung wurde durch das Verwaltungsgericht mit Urteil vom 06.04.2016 (Az.. M 23 K 14.1406) gefordert und war somit unumstößlich um einen weiteren Schaden für die Funktionsfähigkeit abwenden zu können.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	1.791.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	192.300 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	175.500 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	16.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020

2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4,6	2,6	QE 2, VD
	1,25		QE 3, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4,6	2,6	QE 2, VD
	1,25		QE 3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	4		QE 2, VD
	1		QE 3, VD

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? Es wird Büroflächenbedarf für 5,85 VZÄ ausgelöst.		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art: Gebühren für die Ausübung der technischen Aufsicht.	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/3	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: KVR III/3
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Baustellenkontrolldienst		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Gemäß der Richtlinie zur Sicherung von Arbeitsstellen (RSA95) sind Baustellen und Arbeitsstellen im öffentlichen Straßenraum zu kontrollieren. Dieser Verpflichtung kann KVR III/3 mit dem aktuellen Personalkörper nicht nachkommen. Es ist daher beabsichtigt, wie z.B. in Köln und Nürnberg, einen eigenen Kontrolldienst einzuführen. Zum einen wird auf diese Weise die Vorgabe des Bundesverkehrsministeriums im Hinblick auf Kontrollen erfüllt und ein mögliches Haftungsrisiko deutlich reduziert. Zum anderen leistet ein Baustellenkontrolldienst aber insbesondere einen wichtigen Baustein zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Barrierefreiheit. Viele Baustellen im öffentlichen Raum entsprechen in ihrer Absicherung nicht der entsprechenden Erlaubnis. Abweichungen von der Erlaubnis bringen zum Teil ganz erhebliche Gefahren für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mit sich.

In einer Stellenbemessung wurde festgelegt, dass ca. 20 % der Baustellen/Arbeitsstellen in München kontrolliert werden sollen. Für diese Kontrollquote werden 10 VZÄ Sachbearbeitung und 1 VZÄ Leitung benötigt. Zudem ist der Bereich mit Dienstfahrzeugen (4 E-Pkw) und 3 Pedelecs auszustatten. Bei der Anschaffung von E-Fahrzeugen ist insbesondere auch auf die Schaffung geeigneter Lademöglichkeiten zu achten.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Die Richtlinie zur Sicherung von Arbeitsstellen (RSA95) sieht Kontrollen ausdrücklich vor. KVR I/1 hat in einem Rechtsgutachten die Kontrollpflicht bestätigt.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung:

Aufgabe bestand bereits, konnte aber nicht geleistet werden. Die Sachmittel für KFZ und Pedelecs sind notwendig, da der Baustellenkontrolldienst ohne geeignete Fortbewegungsmittel, seiner Aufgabe nicht nachkommen kann. Der Stellenbemessung wurde der Einsatz von KFZs zugrunde gelegt. Ohne den Einsatz von KFZs muss der Personalschlüssel deutlich verändert / erhöht werden. E-Fahrzeuge sind im Hinblick auf die Klimaziele der LHM gewählt worden. Die Pedelecs in Verbindung mit dem internen Verleihsystem sind eine sinnvolle Ergänzung für den Nahbereich und die Innenstadt in der ein Parken nur verkehrsbehindernd möglich ist. Pedelecs greifen die verkehrspolitischen Ziele der LHM auf..

2. Finanzielle Auswirkungen

2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	3.366.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	303.400 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	360.800 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	330.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	30.800 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	303.400 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	11		2, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	11		2, VD

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 11 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/3 und I/32	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: III/3
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Tram Westtangente (Planung und Ausführung)		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die SWM beabsichtigen eine neue Trambahnlinie (Tram Westtangente) zu bauen. Derzeit erfolgen unterschiedlichste politische Abstimmungen für das 10 km lange Projekt. KVR III/37 und I/32 sind bereits heute mit Vorgesprächen und ersten Spartenverlegungen beschäftigt, obwohl noch keine Planfeststellung eingeleitet wurde. Mit Start des Planfeststellungsverfahrens benötigen KVR III/37 und I/32 eingearbeitetes Personal, das bereits im Planfeststellungsverfahren mitwirken kann. Mit Beginn der konkreten Planung der Baudurchführung ist der finale Personalbedarf einzurichten. Besonders zu berücksichtigen ist, dass ein 10 km langes Gleisprojekt im Hauptstraßennetz nur mit eingearbeitetem Personal zu bewältigen ist. Der Neubau einer Tramtrasse macht in der Regel einen vollständigen Straßenumbau notwendig. D.h., es wird die gesamte Straßenbreite neu profiliert (Hauswand bis Hauswand) und alle unterirdischen Sparten werden neu situiert. Es sind bei III/3 keine konkreten Jahreszahlen für die Umsetzung des Projekts bekannt. Das vom Stadtrat gewählte Eckdatenverfahren mit seinen langen Vorlaufzeiten macht aber gewissermaßen einen Vorratsbeschluss notwendig. Die Stellen können bis zum Bauende befristet werden.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	--

Kurze Erläuterung:

Neues Gleisprojekt mit einer außergewöhnlichen Größe – 10 km im Hauptstraßennetz

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.754.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020

2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	295.200 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	270.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	25.200 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?

ja

nein

4. Geltend gemachter Bedarf

geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6	6 (eine davon bei HA I)	3, Verwaltung
	2	2	2, technischer Dienst
	1	1	3, technischer Dienst
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6	6 (eine davon bei HA I)	3, Verwaltung
	2	2	2, technischer Dienst
	1	1	3, technischer Dienst
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf

5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?

<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 9 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/3	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: III/35
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Personalmehrbedarf Film und Veranstaltungen		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:****Film:**

1 VZÄ - Gemäß der StVO sind für Dreharbeiten im öffentlichen Straßenraum Erlaubnisse notwendig. Diese Aufgabe wurde 2016 im Servicebüro Film (III/135) gebündelt. 2018 wurde eine Zeitaufschreibung durchgeführt und festgestellt, dass ein Stellenmehrbedarf von 0,53 VZÄ besteht. Weitere 0,5 VZÄ sind in diesem Bereich durch die zunehmende Nutzungsverdichtung im Straßenraum notwendig. Radschnellwege, Car Sharing Stationen, Ladesäulen usw., also alle neuen Nutzungsformen auf der Straße müssen bei der Genehmigung von Dreharbeiten berücksichtigt werden. Der Prüfungsaufwand steigt daher.

Veranstaltungen:

1 VZÄ befristet bis 2024 – Bis 2024 werden derzeit Bewerbungen bzw. Ausführungsplanungen für die EURO2020, CL Finale 2021, European Championship 2022 und die EURO 2024 durch KVR III/135 betreut. Die genannten Großveranstaltungen stellen einen erheblichen Mehraufwand da. Es muss jeweils bei der Bewerbung, bei der Ausführungsplanung und bei der Ausführung das jeweilige Mobilitätskonzept begleitet werden. In der Vergangenheit konnten einzelne, zeitlich gestaffelte Großveranstaltungen mit dem vorhandenen Personal betreut werden. Die dichte Abfolge von außergewöhnlichen Veranstaltungen und die stetig steigenden Anforderungen (z.B. seitens der UEFA oder durch geänderte Sicherheitslagen) machen eine zusätzliche Stelle notwendig.
1 VZÄ unbefristet – Seit dem Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Berlin werden auch in München temporäre Terrorabwehrmaßnahmen für Veranstaltungen geprüft und umgesetzt. Durch diese neue Anforderung steigt der Zeitaufwand bei KVR III/135 nachhaltig und dauerhaft.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Film: §§ 29, 32, 45, 46 StVO Art. 18 ff BayStrWG; nur bei einer ausreichenden Personalstärke können Bearbeitungszeiten ermöglicht werden, die für die Filmwirtschaft akzeptabel sind. Die Aufgabe ist bürgernah, da im Rahmen der getroffenen Anordnungen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet wird.

Veranstaltung: §§ 29, 32, 45, 46 StVO nur bei einer ausreichenden Personalstärke können können Bearbeitungszeiten ermöglicht werden, die für Veranstalter akzeptabel sind. Die Aufgabe ist bürgernah, da im Rahmen der getroffenen Anordnungen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet wird.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
--	--	--

Kurze Erläuterung:

Film: quantitative Ausweitung (Stellenbemessung 0,5 VZÄ); qualitative Ausweitung betrifft die Berücksichtigung neuer Nutzungsformen im Straßenraum, die zu berücksichtigen sind.

Veranstaltung: quantitative Ausweitung betrifft die Veranstaltungsserie EURO2020, CL Finale 2021, European Championship 2022 und die EURO 2024;

inhaltliche Ausweitung ist die Berücksichtigung von temporären Antiterrormaßnahmen in Zusammenhang mit Veranstaltungen, wie z.B. die Verortung von Betonelementen im Straßenraum bei Straßenfesten usw..

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	918.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	98.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	90.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1 Film		3, VD
	2 Veranstaltung	1	3, VD
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1 Film		3, VD
	2 Veranstaltung	1	3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	6		3, VD

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? 3 VZÄ		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/L	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Stellenbedarf Schaffung einer Stabsstelle bei der Hauptabteilung III		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Stabsstelle der Hauptabteilungsleitung

Der Bereich Stabsstelle der Hauptabteilungsleitung koordiniert in Absprache mit der Hauptabteilungsleitung und vor dem Hintergrund aktueller sowie zukünftiger Entwicklungen in Bezug auf grundsätzlich alle gewerberechtigten und sondernutzungsrechtlichen Angelegenheiten im Stadtgebiet die notwendigen strategischen Weichenstellungen und Handlungsfelder. Gemeinsam mit den Fachbereichen und den entsprechend zu beteiligenden Akteuren werden relevante Einflussfaktoren und Herausforderungen identifiziert und darauf aufbauend die Ziele und Maßnahmen des Referats weiterentwickelt.

Maßgebliche Mitarbeit bei Projekten in entscheidender Funktion im Auftrag der Hauptabteilungsleitung

1.2 AufgabenartPflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernahe Aufgabe Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe

Kurze Begründung:

Im Kreisverwaltungsreferat wurde reorganisiert. Es entstand somit eine neue Hauptabteilung.

Die Stelleninhaber/ innen bearbeiten Sonderthemen mit besonderer Bedeutung im direkten Auftrag bzw. in Abstimmung mit der Hauptabteilungsleitung und vertreten diese in diversen Gremien. Es ist ferner wichtige Aufgabe der Stelleninhaber/ innen, sowohl die Referats- als auch die Hauptabteilungsleitung schnell und ad hoc mit Detailwissen und -informationen aus allen Bereichen der gewerblichen und straßen- und wegerechtlichen Angelegenheiten zu versorgen. Die Stelleninhaber/ innen sind außerdem erste Ansprechpartner/ innen sowohl innerstädtisch als auch für externe Anfragen, die die Themen Gewerbe, Gaststätten, Spielrecht, Sondernutzung, sowie temporäre Verkehrsanordnungen betreffen.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfsinhaltlich/ qualitative
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative
Aufgabenausweitung

Kurze Erläuterung:

Durch die ReOrganisation im Kreisverwaltungsreferat wurde eine neue Hauptabteilung III geschaffen.

Der Leiter dieser Hauptabteilung benötigt für die Aufgabenerfüllung eine personell gut aufgestellte Stabsstelle.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024

2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	768.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	83.400 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	75.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	0 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	8.400 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		3. QE, A 13/ E 12
	1,5		3. QE, A 12/ E 11
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1		3. QE, A 13/ E 12
	1,5		3. QE, A 12/ E 11

4. Geltend gemachter Bedarf			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV-VO II	betroffene Referate: KR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: HA IV-VO II
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Durchführung der Berufsausbildung zur Feuerwehrfachkraft und zum/zur Leitstellendisponent/In		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Die Ausbildungsangebote für die Nachwuchskräfte wird den demografischen Veränderungen angepasst.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung: Art. 1 Bay.FWG

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
--	---------------------------------------	---

Kurze Erläuterung:

Aufgrund einer veränderten Bewerberlage müssen neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden (siehe hierzu auch Beschluss vom 09.04.19). Für die konzeptionelle Ausarbeitung dieser neuen Ausbildungsgänge „Feuerwehrfachkraft“ und „Leitstellendisponent/In“ sind im Zeitraum 2020 bis 2025 3 VZÄ notwendig.

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	816.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €

2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	111.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	90.000 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	15.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	6.000 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3	3	3;FW
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	3	3	3; FW
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	0		

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV – GS 3	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: BD-GS3
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Fire-Tage als Leistungsschau des Rettungswesens regelmäßig veranstalten		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Umsetzen des Stadtratsantrags 14-20 / A 02079 03.05.2016: Die Branddirektion erhält jährlich Sachmittel, um die von den Antragstellern gewünschte Leistungsschau durch ein professionelles Eventmanagement ausarbeiten, vorbereiten und durchführen zu lassen. Durch ehrenamtliche Kräfte ist eine der Bedeutung des Rettungswesens gerecht werdende Leistungsschau nicht mehr leistbar.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

Die Leistungsschau dient dazu, den Münchner Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung insbesondere des ehrenamtlich gestützten Rettungswesens nahe zu bringen und so das bürgerschaftliche Engagement gerade in diesem Bereich zu fördern. Die Erfahrung aus dem Jubiläumsjahr der Freiwilligen Feuerwehr München zeigt, dass ein solches Vorhaben durch ehrenamtlichen Kräfte nicht ein zweites Mal bewältigt werden kann, so dass eine professionelle Befassung erforderlich ist. Inwieweit Sponsoringmaßnahmen oder andere Einnahmemöglichkeiten (Eintrittsgelder, Spenden, usw.) erzielt werden können, ist nicht planbar, sodass hierzu kein planerischer Ansatz erfolgen kann.

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung: Zur Erfüllung des Stadtratsantrags

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	2.500.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	0 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €

2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	500.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	0 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	500.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	0 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	0 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art: nicht planbar	Höhe in %:
--------------------	------------

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV - VS	betroffene Referate: KR
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung: HA IV - VS
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Einsatzbereitschaft der Branddirektion		

1. Aufgabe		
1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe: Sichern der Einsatzbereitschaft für Brand- und Technische Hilfeleistung; Betrieb der Integrierten Leitstelle		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Kurze Begründung: Art. 1 Bay.FWG; Öffentlich rechtlicher Vertrag mit dem Rettungszweckverband		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
<p>Kurze Erläuterung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Quantitativer Ausweitung der Tätigkeiten im Bereich Feuerwehrplanung aufgrund steigender Anzahl an Veranstaltungen und einer erhöhten Gefährdungslage durch Terror; - Kompensation der Ausbildungsqualifizierung im feuerwehrtechnischen Dienst zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwachen; - Nichteinhalten von Fristen zur Mängelbeseitigung in Blitzschutzanlagen; - Nichteinhalten der gesetzlichen wie auch durch Anweisung des Oberbürgermeisters gesetzten Fristen im Bezug auf die Feuerbesuchen; - jährlich steigendes Aufkommen der Notrufe; zeitliche Verschiebung der Notrufe; - Übernahme von mehreren neuen Services von der IT der BD; - Umsetzten von Aufgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz wie z.B. Aufbau einer Expositionsdatenbank - Kompensation von erhöhtem Aufwand im Bereich der Integrierten Leitstelle - Übernahme von Aufgaben der Versicherungsverwaltung - Übernahme der BSW aus dem Hauptamt aufgrund arbeitszeitrechtlicher Vorschriften um rechtmäßig zu arbeiten. - Ausbildung der für die UEFA 2024 benötigten Dienstkräfte. - Sachausgaben für feuerwehrtechnische Grundausstattung und Sachausgaben für die Ausbildungsgänge - investive Kosten für infrastrukturelle Maßnahmen. 		

4. Geltend gemachter Bedarf			
	6		3; IT/FW
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
	1328,5		2;FW
	100		3; FW

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> teilweise
5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst? Für 46 Arbeitsplätze ist keine Verdichtung im Bestand möglich. 506qm (à 11 qm); bei Anmietung 1150qm (à 25 qm)		

6. Refinanzierung	
6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:	
Art:	Höhe in %:
6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:	
Art:	Höhe in %:

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen und maximal zwei bis drei Seiten!

Referat: KVR	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV – GS 4	betroffene Referate:
Öffentliche BV: <input checked="" type="checkbox"/>	Nicht-Öffentliche BV: <input type="checkbox"/>	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Verbesserung der Hilfsfristabdeckung – Ampelansteuerung Wasserburger Landstraße nach Waldtrudering		

1. Aufgabe**1.1 Kurze Beschreibung der Aufgabe:**

Beeinflussung von Ampelanlagen durch die Berufsfeuerwehr bei Alarmfahrten -
Pilotphase zum Testen der technischen Möglichkeiten, die Ampelschaltung bei Einsätzen zu steuern.

1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Kurze Begründung:

- Stadtratsanfrage „Brandschutz im Münchner Osten - was ist zu tun?“ vom 22.11.2013 von StR Podiuk
- Stadtratsanfrage „Nachfrage zum Brandschutz im Münchner Osten“ vom 25.02.2014 von StR Podiuk
- Stadtratsanfrage „Brandschutz im Münchner Osten - Prüfungsergebnisse?“ vom 20.10.2015 von StR Podiuk

1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	--	---

Kurze Erläuterung:

Technische Ausrüstung, Begleitung und Auswertung durch externe Experten

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 Zahlungen gesamt	2020 - 2024
2.1.1 Gesamteinzahlungen konsumtiv	0 €
2.1.2 Gesamtauszahlungen konsumtiv	193.000 €
2.1.3 Gesamteinzahlungen investiv	0 €
2.1.4 Gesamtauszahlungen investiv	322.000 €
2.2 konsumtiv	Planjahr 2020
2.2.1 Einzahlungen	0 €

2.2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.2.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.2.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.2.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.2.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.2.2 Auszahlungen	130.000 €
2.2.2.1 Personalauszahlungen	0 €
2.2.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne Arbeitsplatzkosten)	130.000 €
2.2.2.3 Arbeitsplatzkosten	0 €
2.2.2.4 Transferauszahlungen	0 €
2.2.2.5 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.3 investiv	Planjahr 2020
2.3.1 Einzahlungen	0 €
2.3.2 Auszahlungen	279.000 €

3. Erforderliche Stellenbemessung gem. Leitfaden ist erfolgt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
--	-----------------------------	-------------------------------

4. Geltend gemachter Bedarf			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für das Planjahr	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
geltend gemachter Stellenmehrbedarf für den Gesamtzeitraum	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

5. zusätzlicher Büroraumbedarf		
5.1 Kann der geltend gemachte Stellenbedarf in den vorhandenen Bestandsflächen des Referats untergebracht werden?		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> teilweise

5.2 Falls „nein“ / „teilweise“ ausgewählt wurde: Für wie viele der in Ziffer 3 gemeldeten VZÄ wird Büroflächenbedarf ausgelöst?

6. Refinanzierung

6.1 des geltend gemachten Stellenbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------

6.2 des geltend gemachten Sachmittelbedarfs:

Art:	Höhe in %:
------	------------